

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb Incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Deutschl. 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 425. Mittag-Ausgabe.

Siebennundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 12. September 1866.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

16. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. (11. Septbr.)

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertisch die Minister v. d. Heydt, Graf v. Eulenburg, v. Selchow; Reg.-Commissarien Heple und Gr. v. Eulenburg für die Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern.
Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung mit der traurigen Mitteilung, daß der Abg. v. Gaudeder Sonntag den 9. d. M. an Lungenlähmung verstorben ist; das Haus erhebt sich, um das Andenken desselben zu ehren. Vom Abg. Dr. Michels in einem Schreiben mehrere Broschüren über Preußens Verfall zugegangen, welche im Bureau einzusehen sind. Der Tagelöhner Verfall in Steuditz bei Leipzig zeigt gegenüber den Äußerungen des Ministerpräsidenten in einem Schreiben ohne Datum an, daß in Folge des jetzigen Systems in Preußen Symptomen für Preußen in Sachen nicht vorhanden sind (Heiterkeit). Der Herr Finanzminister fordert in einem Schreiben auf, die Beratungen auch über den 14. und 15. Bericht der Staatsschulden-Commission auszuweiten; es erhebt sich dagegen kein Widerspruch. Der Präsident des Herrenhauses zeigt die letzten Beschlüsse desselben an.
Das Haus tritt in die Tages-Ordnung ein, den Bericht über das Reichswahlgesetz; zunächst erhält das Wort der Berichterstatter

Abg. Twesten. Ich denke zum Eingange nicht über das Wahlgesetz und seine Principien zu sprechen, halte es aber für meine Pflicht, schon vorweg zwei Hauptfragen zu berühren, welche innerhalb und außerhalb des Hauses vielfach besprochen und bestritten worden sind.
Wir stehen heute vor der zweiten großen Folge des Krieges. Der für den Augenblick wichtigsten und entscheidendsten Folge haben wir in unserer vorigen Sitzung schon die verfassungsmäßige Betätigung ertheilt. Die zweite große Frage ist die über die weitere Verbindung, das Bundesverhältnis zwischen Preußen und den andern benachbarten norddeutschen Staaten. In beiden Fragen kommen zum Vorschein dieselben Prämissen zur Sprache, der Umfang und die Einrichtung des preussischen und des deutschen Staates. In der vorigen Sitzung haben wir bereits die Frage discutirt, in wie weit die Verfassungen der einzuverleibenden Länder als fortbestehend anerkannt und behandelt werden müssen. Es handelte sich dabei um die ganze Lage des Verfassungsrechtes in jenen Ländern. Die jetzt vorliegende Frage bezieht sich auf die Einführung und Verlängerung des Wahlgesetzes in jenen Ländern; in diesem Sinne ist die Frage in Ihrer Commission discutirt worden. Würden wir nun die Verfassungen in Hannover, Kurhessen, Nassau als noch zu Recht bestehend anerkennen, dann müßten wir auch fordern, daß die Regierung, ehe sie das Wahlgesetz in jenen Ländern proclamat, die bisherigen Staatsgewalten derselben darüber hörte. Die Commission aber ist der Meinung gewesen, daß die bisherigen Ständeversammlungen jener Länder nicht zu hören sind, so wenig wie über die Annexion. Es ist in voriger Sitzung davon gesprochen worden, als wären die Verfassungen jener Länder nicht verwirkt, als habe es in Deutschland nie ein Eroberungsrecht gegeben; wir können das nicht anerkennen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß nicht bloß bei der Erbfolge, sondern auch bei gewaltsamer Erwerbung anderer Länder die Verfassungen immer geschont worden sind. Bei der Erbfolge ist darüber kein Zweifel; aber hier ist es anders: der König von Preußen, welcher die Regierung von Hannover u. s. w. ergreift, ist kein Anant jener Herrscher.

In Betreff des Mittelalters ist es allerdings richtig, daß damals bei Veränderungen der Souveränität die Verfassungen in der Regel nicht geändert wurden, das kam aber daher, weil man im Mittelalter überhaupt die Staaten als Conglomerate behandelte. Beim Uebergange in die neuere Zeit ist das anders geworden. Seit dem großen Kurfürsten hat sich ein neuer einheitlicher Staat in Preußen herausgebildet und das ist die Grundlage und Kraft Preußens gewesen gegenüber dem Oesterreich, wo gerade das Verhältnis der bloßen Personalunion die Verwirrung, Schwäche und Zerstückelung bis auf den heutigen Tag begründet hat. Wir dürfen auf keinen Fall in dieses verwirrende, staatswidrige Princip zurückgreifen. Niemand hat daran gedacht, im vorigen Jahrhundert bei Einverleibung neuer Territorien in Preußen die Verfassungen jener Länder erhalten zu wollen. Die schlesischen Verfassungen wurden bei der Eroberung durch Friedrich den Großen ebenso wenig beachtet, wie der große Kurfürst und seine Nachfolger die Verfassungen der eigenen Landestheile beachteten, als es galt, den Einheitsstaat herzustellen. Das staatsrechtliche und völkerrechtliche Verhältnis in Deutschland ist nie ein anderes gewesen, als in der ganzen Welt, so lange es Krieg und Eroberung giebt. Der Unterschied liegt vielmehr im nationalen Princip: die Geltendmachung der nationalen Bedürfnisse und Nothwendigkeiten, das ist das ethische Princip, welches jenem Rechte der Eroberung in Deutschland eine andere Bedeutung giebt, namentlich in diesem Augenblicke, wo ein neues Recht für Deutschland geschaffen werden soll. Wir können uns nicht auf exclusivistische Doctrinen der Legitimität oder der Volkssouveränität berufen; das Recht der Selbstbestimmung auf jeden einzelnen Staat, jede Landchaft ausgeübt wird zum Unsinne; mit solcher Ausdehnung desselben läßt sich keine Aenderung schaffen, der Krieg würde seine beste Folge dadurch verlieren müssen. Die Länder sind völkerrechtlich erobert und es läßt sich keine Rechtscontinuität schaffen. Es ist verfehlt, wenn Verfassungen einmal durch Revolution oder Eroberung beseitigt sind, eine Rechtscontinuität künstlich schaffen zu wollen.

Es sind eben durch die thatsächliche Gewalt neue Zustände geschaffen worden, und das neue Recht muß auf diesem Boden geschaffen werden; die Geschichte hat niemals den Unterworfenen ein solches Recht zuerkannt. Wolte man zum Scheine diese Mitwirkung, diese Selbstbestimmung in Scene setzen, so wäre es eine bloße Verhöhnung, welche dieses Princip der Selbstbestimmung nicht trüßigen, sondern verhöhnen würde; wollte man aber Ernst damit machen, wollte man jenen Ländern nicht bloß ein „Ja“, sondern auch ein „Nein“ gestatten, dann würden wir auf demselben Standpunkte stehen, wie vor dem Kriege. Wir müssen aber im nationalen Interesse Deutschlands das alte Recht, wie gegen die Fürsten, auch gegen die Territorien in Anspruch nehmen. Es hilft nichts, sie zu fragen, wo wir entschlossen sein müssen, ihr „Nein“ nicht zu berücksichtigen. Was aber das Verhältnis dieses Grundgesetzes zu der jetzigen Frage anbetrifft, so werden bei der zukünftigen Gestaltung des norddeutschen Parlaments jene Länder ebenso vertreten sein wie wir. Die Vorbereitungen für die Einführung des Wahlgesetzes können aber nur getroffen werden durch die augenblickliche Gewalt und das ist die preussische Regierung. Sie ist nach dem Zusammenbruche der bisherigen Gewalt die einzige Macht, die dort existirt; sie muß daher die Vorbereitungen treffen, welche nöthig sind, nicht bloß um jene Länder mit dem preussischen Staate zu vereinigen, sondern sie auch in den norddeutschen Bund einzufügen mit demselben Rechte und unter denselben Verhältnissen, wie wir daran theilnehmen werden.

Die andere Frage, welche vielfach berührt wird und innerhalb und außerhalb Preußens einen starken Widerspruch nicht nur gegen das Wahlgesetz, sondern gegen den ganzen norddeutschen Bund hervorgerufen hat, ist die Frage nach dem Umfang des Bundes. Ueber die künftige Gestaltung können wir, meine ich, jetzt nicht discutiren. Die Commission war darüber vollständig einig. Die Staatsregierung hat uns nicht gesagt, wie sie sich die Verfassung des künftigen Bundes denkt; es ist gewiß schwierig, sich auch nur annähernd ein Bild davon zu machen, sobald sie als dauernd gedacht werden sollte; aber es muß für den Augenblick die Herstellung eines engeren Bundes zwischen jenen Staaten und Preußen geordnet werden. Die eine Frage aber kommt hier gleich in Betracht, über die wir schlüssig werden müssen, ehe wir über das Wahlgesetz sprechen, die Frage: müssen wir darauf eingehen, können wir darauf eingehen, daß nur ein norddeutscher Bund geschaffen wird? Wir können uns nicht verhehlen, daß das nicht dasjenige Parlament ist, auf welches bisher die deutschen Hoffnungen gerichtet sind, nicht das, welches das ganze deutsche Vaterland umfassen sollte und welches trotz der Niederlagen von 1848 seinen Zauber für ganz Deutschland behalten hat, einen Zauber, welchen jetzt auch die Regierung anerkannt hat, indem sie am Anfange der Wiederholung es als Werkzeug und Endziel ihrer Bestrebungen bezeichnete. Alle Gegner der preussischen Hegemonie, große deutsche Demokraten, particularistische Reactionäre, Anhänger Oesterreichs u. s. w. arbeiten jetzt gegen das Großpreußen, das Kleindeutschland, welches geschaffen werden soll. Wir, die wir eine Einigung Deutschlands immer nur durch Preußen für möglich hielten, brauchen uns am wenigsten beirren zu lassen durch diejenigen, welche für Bundesrecht und Bundestreue sich eingelegt haben, welche in ihrem Haß gegen Preußen sogar die Träger der elenden Politik der Mittelstaaten, v. Weuß, v. d. Pfordten, v. Barnbühler, als deutsche Patrioten feierten.

Wir müssen uns auf den Boden der Thatsachen stellen, und ich betrachte es als einen Unsinne, von einer Zerstückelung und neuen Theilung Deutschlands zu sprechen, wenn der preussische Staat gestürzt und wenigstens im Norden ein enges Bundesverhältnis hergestellt ist. Ich denke, hier ist der Theil mehr als das Ganze, ein selbstgestügter großer Theil Deutschlands mehr als ein loses, zerbröckeltes ganzes Deutschland. Der alte Bund war keine Einheit, deren Fall wir bedauern könnten; 50 Jahre lang ist er ein Zeichen deutscher Schwäche und Zerstückelung gewesen, er ist uns auferlegt worden durch die Mißgunst des Auslandes, um Deutschland schwach zu erhalten. Wir können keinen Fall unmöglich bedauern. Die Verträge von 1815 sind jetzt auch für uns beseitigt. Wir haben ansetzen müssen, daß sie von unsern Nachbarn für zerrissen erklärt wurden; jetzt ist die Zeit gekommen, wo auch wir uns durch sie nicht mehr hindern zu lassen brauchen, eine neue Gestaltung Deutschlands, besser entsprechend den nationalen Bedürfnissen, der Cultur und Größe der deutschen Nation herzustellen. Wir, die wir den Bundesstaat gewünscht, weil wir glaubten, daß er leichter herzustellen, daß er leichter ganz Deutschland umfassen könnte, als der Einheitsstaat zu erreichen wäre, wir müssen uns unter die Thatsachen beugen, welche jetzt vorliegen. Mit den bloßen moralischen Eroberungen sind wir nicht vorwärts gekommen (Bewegung links), die Revolution ist gescheitert, ihre Conferenzen und Congresse sind ebenso fruchtlos zu Boden gefallen bis auf den heutigen Tag. Einzelne Historiker hatten noch ein anderes Recept in Bereitschaft; sie wollten uns ein großes Nationalunglück beschreiben, groß genug, um alle widerstreben Interessen zur Einheit zu nöthigen, nicht groß genug, um die Kraft des deutschen Volkes wirklich zu brechen. Das wäre ein zweifelhaftes Experiment gewesen, m. S., und wir können von Glück sagen, wenn wir davor überleben bleiben.

Jetzt hat der Krieg große durchgreifende Ergebnisse geschaffen; wir haben jetzt das Untrüge zu thun, um sie zu sichern, zu erweitern und zu vollenden. Dazu sollen wir jetzt die Vorbereitung treffen. Wir würden es als ein nationales Unglück beklagen müssen, wenn die Trennung von Nord- und Süd-Deutschland dauernd sein könnte. Ich würde glauben, daß die deutsche Cultur und ihre Geltung auf dem Erdboden dadurch schwer gefährdet wäre; aber gerade der Ausschluß Oesterreichs aus dem Norden und die Verbindung mit dem südlichen Deutschland bietet die sicherste Garantie, daß diese Trennung nicht dauernd sein wird. Der große Freiherr v. Stein dachte sich eine deutsche Einigung in der Weise hergestellt, daß der Süden Deutschlands und Oesterreich, der Norden mit Preußen vereinigt würde; glücklicherweise sind solche Pläne nicht zur Ausführung gekommen und die Gefahr ihrer Ausführung ist jetzt für immer beseitigt. Das übrige südliche Deutschland wird uns zufallen über kurz oder lang, und wenn die Zeichen der Zeit nicht trügen, so wird diese Zeit bald kommen und wir werden die Ausdehnung des norddeutschen Bundes über den südlichen Theil Deutschlands in nicht gar zu langer Zeit erleben. Aber bis dahin gilt es, die Organisation herzustellen, mit der wir in der Zwischenzeit existiren können. Wir können den norddeutschen Bund nicht so einrichten, daß das südliche Deutschland künftig in eine unveränderte Verfassung eintritt, das kann nicht die Aufgabe des Augenblicks sein, hier handelt es sich um eine vorübergehende Schöpfung. Das aber müssen wir festhalten, daß dies keine dauernde Theilung Deutschlands herbeiführen wird. Mit dieser Hoffnung gehen wir an's Werk, nicht um den Abschluß, sondern den Anfang für ein künftiges Deutschland zu machen!

In der Rednerliste lassen sich eintragen gegen den Gesetzentwurf die Abgg. Groot, Birchow, Uebel, v. Gerlach, Kantat, v. Fod, v. d. Straten, Plott, Schulze (Berlin), v. Joltowski; für den Gesetzentwurf Stroffer, v. Carlowitz, Simon, Löwe, Wuttke, Achenbach, v. Wangenheim.

Die General-Debatte wird eröffnet. Zu dem Entwurfe der Commission ist eine Reihe von Amendements eingegangen, welche fast sämtlich ausreichende Unterstützung erlangen. (Siehe unten.) Als erster Redner gegen den Commissionsantrag erhält das Wort der Abg. Groot: Die Aufgabe, die uns die Vorlage der Regierung stellt, ist eigentümlicher Natur. Wir sollen unsere Zustimmung zu gesetzlichen Formen geben, mittelst deren eine Versammlung von Volksvertretern zusammenberufen wird, und diese Volksvertreter sollen dann über ein Reformproject beraten, das uns nur in seinen dunkelsten Umrißen bekannt ist. Dieser Umstand legt uns die Nothwendigkeit auf, um so mehr uns die Folgen klar zu machen, die der Plan der Regierung sowohl für unser eigenes Verfassungsleben wie für ganz Deutschland hat. Der Herr Referent hat ganz richtig bemerkt, daß eine innige Beziehung zwischen der Frage der Annexion und dem uns heute beschäftigenden Gegenstande besteht. Es hat uns sogar einen thatsächlichen Beweis dafür geliefert, denn der erste Theil seiner Erörterung gehörte mehr zu der Frage, über die wir am vorigen Freitag verhandelten, als zu der unserer heutigen Sitzung.

Ich gebe von der Behauptung aus, daß Sie am vorigen Freitag, indem Sie für die Einverleibung von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt in Preußen stimmten, damit zugleich das Schicksal der heutigen Vorlage entschieden haben. Sie haben durch jene Abstimmung den preussischen Staat um einen bedeutenden Zuwachs vermehren lassen; Sie haben das Jhrige dazu beigetragen, daß gegenwärtig ein preussischer Staat von ungefähr 23 1/2 Millionen Einwohnern besteht. Diejenige Staat, welchen sich nun einige andere kleine Staaten, denen man das nacheinander lassen, durch einen Bund an. Der Charakter dieses Verhältnisses, das dadurch herbeigeführt und begründet wird, scheint mir einfach bloß der einer Bundesgenossenschaft zu sein, deren hauptsächlichste Wirkung darin besteht, daß der große preussische Staat die Oberhoheit über die Verwaltung gewisser Gegenstände, wie Hauswesen, Pöle, Telegraphen, in diesen Staaten ausübt, und daß die Angehörigen dieser Staaten zu den Lasten mit beitragen. Diese Verpflichtung führt die fernere Nothwendigkeit herbei, für Einrichtungen zu sorgen, vermöge deren die Angehörigen dieser kleinen Staaten in Bezug auf ihre Verpflichtungen auch ihre Stimme zur Entscheidung mit abgeben. Man sollte meinen, die einfachste Weise, in der man dies hätte bewerkstelligen können, wäre gewesen, daß man sie zur Verabreichung gemeinsamer Angelegenheiten, z. B. des Militärbudgets, mit in unser Abgeordnetenhause schickte. Aber nein, was thut man hier? Man schafft für dies Bedürfnis der Mitbetheiligung an den Beratungen ein großartiges Institut eines Volkshauses. Nun frage ich Sie, wie läßt sich von diesem Parlamente eine lebensfähige Bedeutung erwarten? Sie müssen bedenken, daß es für den größten Theil seines Gebietes überflüssig ist, da hier bereits eine Volksvertretung besteht. Zum Theil sind die Angelegenheiten, über die es zu verhandeln haben wird, allerdings von großer Bedeutung, z. B. das Militärbudget.

Aber ändert das etwas am Wesen der Dinge? Nein, die Versammlung, die über diese gemeinsamen Angelegenheiten beschließt, beschließt vor wie nach über wesentlich preussische Angelegenheiten. Was wird nun, und das ist die wichtigste Frage, die Volkshaus für eine Bedeutung haben? Es wird wohl möglich einen Boden suchen, auf dem es sich weiter entfalten kann. Ich will annehmen, daß dies Volkshaus in Opposition zu der Regierung tritt; da wird sich die letztere wenig daran heben, sondern sich in ihren preussischen Staat zurückziehen, oder da das Volkshaus voraussichtlich hier in Berlin seinen Sitz haben wird, so hat sie es bequemer, sie schickt das Volkshaus in seine Staaten zurück. Alles, was hier geschieht, ist, daß die preussische Regierung ihre Macht verstärkt, daß dagegen die Macht des Parlaments zwischen zwei Versammlungen gehet und notwendig dadurch geschwächt wird. Nach meiner vollen Ueberzeugung kann ich in der Errichtung dieses Institutes nur den Verlust erkennen, der preussischen Landesvertretung die wichtigsten Theile ihrer Beratungen zu nehmen und dieselbe auf eine machtlose Versammlung zu übertragen. Ich ersichere Sie, wenn das Wahlgesetz in keiner anderen Rücksicht zu würdigen wäre, so würde ich es für pflüchbergessen halten, dazu mitzuwirken, ein solches Volkshaus zu schaffen. Aber ich gebe von einem anderen höheren Gesichtspunkte aus, ich sehe dies neugeschaffene Institut mit der Neugestaltung von Deutschland in Verbindung, kann aber dabei die Ansicht des Herrn Referenten nicht theilen, daß wir uns mit dieser Neugestaltung vorläufig auf die Bildung des norddeutschen Bundes beschränken müssen.

In dieser höheren Auffassung habe ich zuerst die traurige Thatsache zu constatiren, daß die preussische Regierung für diese Reconstruction von ganz Deutschland gar nichts gethan hat. (Heiterkeit rechts.) Bergegenwärtigen wir uns das Ergebnis der Umgestaltungen, wie sie von der Regierung ausgegangen sind, wie sich auf der einen Seite Preußen vergrößert, wie es auf der anderen Seite mit anderen Staaten einen Bund geschlossen hat, so kann ich den Charakter dieser Schöpfungen nur dahin auffassen, daß er ein rein preussischer ist.

Aber wenn es an die Vertheidigung dieser Schöpfungen geht, so verbrannt man dieselben mit einer ehrwürdigen Mystification, unter der das deutsche Volk einst das ganze deutsche Vaterland aufzubauen träumte. Es ist in der That ein Beweis für die Kraft dieser Ideen, daß der reine Preuß zu ihnen als zur Unterstützung seiner Schöpfungen greifen muß. Man hat sich damit beschäftigt, alle Möglichkeiten durchzugehen, wie dieser preussische Staat allmählig doch in die deutsche Einheit aufgehen kann. Ich will Ihnen hier ein Zugeständnis machen, m. S.; ich bin der Meinung, daß die Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland ein sehr wichtiges Moment werden kann, um künftig die deutsche Einheit anzubahnen. Aber, was hat die preussische Regierung gethan, um für diesen Uebergang die organischen Anlagen zu bilden und zu finden? Sie hat nichts dazu gethan (Widerpruch rechts), sie hat im Gegentheil alles gethan, was diesen Uebergang erschweren, die deutsche Frage verwirren kann. Ich finde diese Verwirrung hauptsächlich in der Thatsache, daß die preussische Regierung bei ihren Umgestaltungsplänen keine Homogenität ihrer Schöpfungen festgehalten hat. Den Dualismus der Staaten hat sie beseitigt, aber dafür den gefährlicheren Dualismus der Principien wahrgemacht.

Bei der gegenwärtigen Vergrößerung Preußens werden Sie nicht in Abrede stellen können, daß dadurch der deutsche Einheitsstaat als die einzige Form angezeigt ist, unter welcher die Einheit überhaupt noch zu Stande kommen kann. Nun frage ich Sie, hat man nicht der Verwirklichung dieses Einheitsprinzips auf der anderen Seite die größten Hindernisse in den Weg gelegt? Glauben Sie, daß in Zukunft ähnliche günstige Verhältnisse eintreten werden, unter denen auch die Fürsten von Baiern, Württemberg u. s. w. sich stützen lassen werden? Und glauben Sie, daß sich sobald wieder ein Staatsmann finden wird, der den Ruß hat, die Legitimität auf dem Altare des deutschen Vaterlandes zu opfern? Sie werden deswegen unter Umständen doch wieder auf die andere Form der deutschen Einheit zurückkommen müssen, auf die Bildung des deutschen Bundesstaates. Aber welche neuen Hindernisse sind gerade der Verwirklichung dieser Idee entgegengekehrt? Die Bildung des Bundesstaates kann nur in der Weise geschehen, daß die einzelnen Staaten die ihrem Volke und Lande eigenbürtigen Verhältnisse für sich ordnen, daß dann aber über diese Einzelstaaten sich ein ganz neues mit keinem derselben zusammenhängendes Staatswesen erhebt und daß dieses die allgemeinen Angelegenheiten besorgt. Wie soll aber nun die Gründung eines Bundesstaates unter Verhältnissen möglich sein, wo ein Staat beinahe Dreiviertel des ganzen Bundesstaates beträgt? Es fällt ja hier naturgemäß der wesentliche Theil des großen Gemeinwehns in diesen Einzelstaaten, in ihm ruht das ganze Schwergewicht, und das Parlament verweisen Sie, indem sie es diesem Nachhinein entrücken, in einen idealen Mittelpunkt. Vergebens statuen Sie ein solches Parlament mit Privilegien aus.

Darin liegt nicht seine Macht, sondern lediglich darin, daß Sie es in einen geeigneten Boden versetzen. Wären die einverleibten Staaten als Reichsländer dem künftigen deutschen Staate aufbewahrt worden, so würde nicht nur sofort dieses Volkshaus eine ganz andere Bedeutung gewonnen haben, sondern Sie hätten auch in dies Volkshaus die Anlage gelegt, vermöge deren es allmählig in den großen Gesamtstaat übergehen kann. M. S., wenn man Staatsanordnungen trifft, so muß man, wenn man das Ziel nicht sofort erreichen kann, wenigstens den Keim hineinlegen, durch den man später im Stande ist, dies Ziel zu gewinnen. Sie müßten deswegen die Anlage treffen, daß die Centralgewalt alle wichtigen Angelegenheiten an sich zieht. Sie haben diese Anlage dadurch, daß Sie, statt einen Einzelstaat immer mehr zu vergrößern, diesem Einzelstaate vielmehr die Machtmittel immer mehr entrücken und den Beziehungen zum Ganzen zuwiefen, aus denen er seine Kräfte zu schöpfen hat. Indem Sie sich nicht für die Annexion erklärt hätten, würden Sie eine solche Anlage getroffen haben, und es würde darin zugleich eine Anziehungskraft für den Süden gelegen haben. Ich muß hier mein tiefes Bedauern einfließen lassen, daß man den Antipathien des Südens gegenüber nicht ein Verhalten angenommen hat, welches dazu angethan gewesen wäre, diese zu überwinden und sich mit ihnen in der Strömung der Zeit zu vereinigen. Statt dessen haben Sie diesem Widerspruche eine organische Form gegeben, in Folge deren immer mehr eine gegenseitige Abspaltung eintreten wird.

So finde ich denn, was ich oben gesagt habe, bestätigt. Es ist nichts für die deutsche Einheit geschehen; Alles was ich gewahre, ist nur ein starkes Preußen und daneben das deutsche Chaos.

Das Recht der Fürsten liegt mir fern, m. S.; ich spreche nur für das Recht des Volkes, ich bin auch fern davon, das Recht der Einzelstaaten vertheidigen zu wollen; ich weiß so gut wie Herr Walod, daß die deutschen Einzelstaaten keine organischen Gebilde sind, sondern domestischer Begehrtheit ihr Leben verhalten. Aber ich trete ein für das Recht der deutschen Nation, dafür, daß die einzelnen Stämme in diesem großen Kreise zu ihrem Rechte gelangen. Aber nimmermehr kann ich diese Rechte einem Einzelstaate zusprechen, möge derselbe noch so groß sein, wenn er nicht den festen Willen und die sichere Aussicht hat, daß er bereit und swar in kurzer Zeit in ganz-Deutschland aufgehen kann. Ich habe die Reconstruction Deutschlands mit Vorliebe durch die Kraft der deutschen Nation ermartet, daß sie unter günstigen Umständen ungefahr ebenso verfahren würde, wie es gegenwärtig die Regierung gethan hat (Heiterkeit rechts), nur in größerer Ausdehnung (Heiterkeit), und daß es ihr dann gelingen würde, mit größerem Glück und Geschick das deutsche Vaterland aufzubauen. Ich hätte aber nichts dagegen, daß diese revolutionäre Gewalt von einer organischen schon bestehenden Gewalt unternommen würde. Und Graf Bismarck meldete sich dazu (Heiterkeit). Er stellte das Bundesreform-Project auf und nun wurde sein Unternehmen von einem glücklichen Erfolge sonders Beispiel bestätigt. Wir haben eine große Masse von Fürsten zur großen Freude eines jeden deutschen Vaterlandsfreundes vertrieben, und wir erwarteten, daß Graf Bismarck nun „das höhere Dritte“ finden würde, unter das sich die verlassenen Völker unterordnen müßten. Wir glaubten, daß nun das Volk von ganz Deutschland berufen werden würde, um Alles dies in Ordnung zu bringen. Aber nun, da die preussische Regierung es ganz in ihrer Gewalt hat, ihren Plan auszuführen da ändert sie plötzlich ihr System, sie bleibt an der Mainlinie stehen, und beschäftigt sich fortan nur damit, den preussischen Staat zu vergrößern.

M. S., es hätte in der Macht der Regierung gelegen, ein ganzes Deutschland zu schaffen, aber sie wollte nur einen specifisch preussischen Staat. Die gegenwärtige traurige Lage, in der wir uns als Deutsche befinden (Rechts: Oho!), sie besteht bloß darin, daß nicht ein deutscher Geist, sondern ein preussischer unsere Geschichte lenkt. Das großartige Reformproject des Grafen Bismarck schrumpft so zu einem norddeutschen Bunde zusammen. Es ist dies das Traurige, was jeder Deutsche von je als ein Nationalunglück betrachtet hat, es ist die Theilung Deutschlands. Ich ersichere Sie, kein deutsches Gemüth wird damit einverstanden sein, daß Deutschland seine schönen Gauen dem „preussischen Wesen“ überliefert, und nachdem wir bisher den Verlust jedes Fußbreites deutschen Landes mit großer Fleißigkeit überwacht, wird, so hoffe ich, die deutsche Nation es nicht verschmerzen, daß jetzt ihr schönes Vaterland in zwei Theile gespalten wird. Ich hoffe, es giebt noch deutsche Männer, die ein Gesamt-Deutschland schaffen wollen.

Abg. Stroffer (für die Commissionsanträge): Das, was der Vortredner als tadelswerth an dem vorliegenden Gesetze bezeichnet, ist für mich gerade ein Grund, es anzunehmen. Die Gründe, die mich und meine Freunde bestimmen, trotz unserer früheren Ansicht dennoch für das Gesetz zu stimmen, will ich Ihnen kurz auseinandersetzen. — Als die gegenwärtige Staatsregierung den Vorschlag machte, ein deutsches Parlament zusammenzubringen, mußte dies allerdings der conservativen Partei befreundet erscheinen, zumal man schon bei dem Namen „Parlament“ an das Jahr 1848 und Alles, was daraus und daran hängt, denken muß; an jenes große staatsbürgerliche Schauspiel, das sich bald zur Tragödie gestaltete und 1849 im Rumpelparlament als kleinliche Comödie endete. Was uns ferner zurückdrückte, war der Gedanke der Volkssouveränität, und vor diesem Gedanken, meine Herren, hegen wir dieselben Empfindungen, die neulich der Abgeordnete Löwe so schärf und rüchloslos in Bezug auf die Fürsten ausgesprochen hat.

In Betreff der Stellung zu Oesterreich hegen wir gleichfalls Bedenken, da man nicht annehmen konnte, daß es möglich wäre, jenen Staat, den tauendjährige Erinnerungen an Deutschland festhalten, aus Deutschland herauszubringen. — Ein ferneres Bedenken für uns war das, daß die Preußen abgeneigte Bevölkerung und die Regierungen von Süddeutschland, ebenso wie norddeutsche Elemente in den Bundesstaat aufgenommen werden würden, von

denen anzunehmen war, daß sie nur hemmen und hindern und die preussische Regierung schwächen würden. — Außerdem hegen wir die Befürchtung, daß durch den Schritt der süddeutschen und norddeutschen Demokratie die preussische Demokratie noch verstärkt werden würde, die unserer Regierung schon genug zu thun gemacht hat. (Große Heiterkeit links.) Heute aber ist Oesterreich aus Deutschland herausgedrängt und durch die Abgrenzung der Mainlinie ist wenigstens vorläufig der Süden von uns abgetrennt; das halte ich für einen der größten Vortheile. Später, wenn es vorthheilhafter für Preußen ist, wird sich schon eine Gelegenheit zur Wiedervereinigung finden; das können wir ruhig der Zukunft überlassen. Auch der Widerstand der norddeutschen Staaten ist gebrochen; Hannover, Kurhessen und Nassau sind mit Preußen vereinigt und dadurch ist Preußen glücklicherweise im norddeutschen Bunde so stark, daß der Bund kein solches Gewicht hat, um Preußen ein anderes Gesicht geben zu können; deshalb begrüße ich den norddeutschen Bund mit Freuden, gerade im Gegentheil zu meinem Vorderehrer.

Mit dem uns vorliegenden Gesetze sind allerdings zwei neue Principien in unsere bisherigen staatlichen Einrichtungen aufgenommen worden. Das erste ist das der allgemeinen directen Urwahl. Dies hat die conservativste Partei bisher nicht mit Freuden betrachtet; so lange wir aber eine andere ständische Gliederung nicht haben, können wir nur die Wahl haben zwischen unserem bisherigen Wahlsysteme und dem neu vorgeschlagenen; und da kann für uns nur die Rücksicht maßgebend sein, welches System für die conservativste Partei vortheilhafter ist. Im Jahre 1850 nun ist für uns ein gutes Resultat mit dem alten Systeme erzielt worden; später aber hat sich gezeigt, daß vom conservativen Gesichtspunkte aus damit nicht viel zu erreichen ist, wenn die Regierung nicht eine ungeheure Energie dabei entwickelt, (sehr gut links). Wir hoffen und glauben aber, daß der neue Wahlmodus uns mehr zu Gute kommen wird, als Ihnen, meine Herren, und deshalb stimmen wir dafür. — Ebenso ist es mit der geheimen Abstimmung durch Stimmzettel. Allerdings halten wir es für richtiger und wünschenswerther, wenn Jeder frisch, frei und offen seine Stimme abgibt. (Große Gelächter links.) Sie selbst, meine Herren, betonen ja immer so viel den „Mannesmuth vor Kienbroden“; da aber die Staatsregierung auch das neue System gewünscht, werden wir gleichfalls dafür stimmen. (Große Heiterkeit links.) Wir haben dadurch den Vortheil, daß auch die Wahlbeeinflussungen von Ihrer Seite (nach links deutend) wegfallen. Ich kann deshalb, meine Herren, freudigen Herzens für den Commissionsantrag stimmen. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Birchow (gegen den Commissionsantrag): M. H.! Es ist ein sonderbares Schauspiel, das wir jetzt erleben, das nämlich plötzlich Institutionen die lebhafteste Bewunderung auf jeder Seite (nach rechts deutend) hervorgerufen, die früher von dort auf das Heftigste bekämpft worden sind. — Ich hätte geglaubt, daß das Gefühl, mit dem das Haus in diese Beratungen eintreten würde, eher einer kühlen stillen Resignation gleichen würde und hätte diese für angemessener gehalten in einem Augenblicke, wo der Gewalt thätigster Verhältnisse gegenüber die verschiedenen Parteien einen Theil ihrer Ansichten auf dem Altare des Vaterlandes opfern. — Ich hätte aber nicht geglaubt, daß die innere Ueberwältigung so weit gehen könnte, wie bei dem Abg. Stroffer, der in enthusiastische Lobeserhebungen einer Politik ausgebrochen ist, die vollständig gegen die Principien seiner Partei gerichtet ist und immerhin nur ein zweifelhaftes und bedenkliches Experiment darstellt. — Es ist dies ein neuer Beweis dafür, daß unser politisches Leben noch sehr neu ist und daß uns deshalb noch Manches an politischer Decenz fehlt. Ich, m. H., das gestehe ich offen, kann nur mit dem Gefühl einer gewissen Beklemmung auf die nächste Entwicklung unseres Vaterlandes sehen. — Die Regierung hatte zwei Möglichkeiten. Sie konnte zunächst auf dem vollen und wahren Wege des Parlamentes die Hoffnungen und die Wünsche des deutschen Volkes zu erfüllen sich bestreben. Als der große Krieg, den wir jetzt hinter uns haben, noch in Vorbereitung war, hätte die Staatsregierung sehr wohl, daß es notwendig wäre, auf die natürlichen Gefühle der Nation zurückzugehen; dies beweist die Erklärung im „Staats-Anzeiger“ vom 16. Juni, in der als Grundlage des neu zu gründenden Bundes die lebendige Einheit der Nation genannt und die Constatirung einer solchen lebenskräftigen Einheit als die Pflicht der Regierung und Volksvertretung hingestellt wird.

Zwei Tage später, am 18. Juni, sprach sich das Kriegsmanifest des Königs in ähnlicher Weise aus; am Schlusse desselben heißt es nämlich: „berleiht uns Gott den Sieg, so werden wir auch stark genug sein, dem losen Bande, welches jetzt die deutschen Lande mehr dem Namen als der That nach zusammenhält, auch wider den Willen derjenigen, die das Recht und die Macht des nationalen Geistes fürchten, eine andere bessere Gestaltung zu geben.“ In fester und feierlicherer Weise konnte doch wohl kaum ein solches Versprechen abgegeben werden; und nach dieser Zusicherung hätte man wohl erwarten können, daß der Ausdruck, den die Staatsregierung für das neue Band finden würde, ein etwas anderer wäre. — Wenn der Hr. Berichterstatter nun gelagt hat, daß es ein Unfinn wäre, wie die Sachen jetzt liegen, von einer Zerstückelung Deutschlands zu reden, so wird er mir wohl erlauben, daß ich mit meiner Logik zu einem anderen Standpunkte komme und gerade nichts Anderes als eine Zerstückelung vor mir sehen kann. Ich verstehe es wohl, daß Jemand in seinem Euphorismus zu der Anschauung kommen kann, daß ein Theil mehr ist, als das Ganze, glaube aber nicht, daß eine besondere Form des Denkens dazu gehört, die mich dazu bringt, in dem norddeutschen Bunde eine Gestaltung zu erblicken, welche eine vollständige Zerstückelung Deutschlands fest ausspricht. Nun wird zwar von einer Seite gefagt, es sei dennoch wohl noch Hoffnung auf eine spätere Einigung vorhanden; die Zeit dafür werde schon noch kommen; ich glaube aber, daß die Befürchtung mindestens ebenso gerechtfertigt ist, daß die Zeit doch vielleicht nicht kommt; der Gang der geschichtlichen Entwicklung spricht jedenfalls mehr für mich als für jene Herren.

In dem Ausschlusse Süddeutschlands sehe ich lediglich die Ablösung eines großen Stückes deutscher Erde von dem gemeinsamen Körper. Bis jetzt hat dies traurige Privilegium nur das Haus Habsburg für sich in Anspruch genommen; dadurch sind für Deutschland die Schweiz, die Niederlande, Elsaß und Lothringen verloren gegangen. Das Haus Hohenzollern hat aber bis jetzt im Gegensatz hierzu keinen geschichtlichen Versuch, ein Mehrere deutschen Landes zu sein, verfolgt. Soll es jetzt demselben untreu werden? — Sie sagen nun, meine Herren, dadurch, daß Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt ist, wäre die Gelegenheit gegeben für eine neue Entwicklung Preußens; dabei scheinen Sie aber nicht zu bedenken, daß ein solcher Friedensvertrag keine Sicherheit für immer gewährt und daß Oesterreich gerade durch die Hölirung der süddeutschen Staaten sehr bald dazu kommen kann, neue Verbindungen mit denselben anzuknüpfen.

Wenn der norddeutsche Bund nur eine vorübergehende Schöpfung sein sollte, um den Uebergang zu einem ganz einigen Deutschland zu bilden, dann würde auch ich mit Freuden begrüßen. Aber das Verhalten der Staatsregierung giebt uns hierzu keine Hoffnung; denn dieselbe hat ja erst kürzlich mit dem Großherzogthum Hessen einen Vertrag dahin abgeschlossen, daß dies Land mit seinem nördlichen Theile in den norddeutschen Bund eintreten solle, mit dem südlichen aber nicht. Zu einem solchen Vorgange, m. H., müssen doch sehr gewichtige Gründe vorliegen, welche eine Verbindung mit Süddeutschland auch für die Zukunft als unmöglich erscheinen lassen.

Welches mögen nun wohl die Gründe sein? Sollte am Ende gar der Herr Abgeordnete für Hiesfeld Recht haben, daß man wünscht, der Demokratie die Spitze abzubrechen und der liberalen Strömung ein Ende zu machen? Dann verstände ich es wohl. Oder sollten etwa die Erfolge der preussischen Waffen nicht so groß sein und dagegen der Einfluß der Vermandtschaft mit Rußland oder die besondere Sympathie mit Frankreich von so entscheidendem Einfluß, daß ein einziges Deutschland nicht zu Stande gebracht werden könnte? Wenn ich den Ausdruck des Herrn Referenten billigen könnte, so möchte ich hierauf als Antwort das Wort „Unfinn“ geben. — M. H., das hinauswerfen bestimmter Abtheilungen eines Staates aus der Union, die Begründung der Mainlinie, die Freigebung der süddeutschen Staaten, dies Alles ist für mich ein Grund dringender Besorgnis; und es ist dies ein Beweis dafür, daß nicht ohne die Gewalt der Thatfachen eine solche Trennung deutschen Landes und Volkes herbeigeführt, sondern daß es darauf angelegt ist, Süddeutschland hinauszuwerfen, weil zu viel unüberwindliche Gesellen dabei sind, weil der Freiheitsdrang in Süddeutschland als ein ungeeignetes Element erscheint in der neuen Aera des norddeutschen Bundes. (Sehr gut.) Ich würde sehr gern meine Freude und meinen Dank gegen die Regierung aussprechen, wenn sie dem norddeutschen Bunde wirklich eine andere Gestalt gegeben wolle, wenn er ein Sitz der Freiheit, eine Burg der freisheitlichen Gestaltung des Volkslebens werden sollte. — Die Regierungsvorlage ist aber leider nicht so beschaffen, daß sie einer solchen Hoffnung auch nur die geringste Berechtigung verleihen könnte.

Die Commission aber, meine Herren, hat dem zu berufenen Parlamente noch das große Siegel der Impotenz aufgedrückt durch die Annahme des § 1, wonach dasselbe nur beratende Gewalt haben soll. Das norddeutsche Parlament, die größere Versammlung soll darnach unter der Controle des preussischen Abgeordnetenhauses, das gewissermaßen nur eine Provinzialvertretung diesem gegenüber ist, stehen! Diese Art von norddeutschem Bunde, m. H., ist doch gewiß ein sehr schwaches Surrogat für das, was das deutsche Volk unter einem deutschen Parlamente versteht; und ich fürchte sehr, daß auf diese Weise der deutsche Reichstag und der preussische Landtag sich vollständig paralysiren und gegenseitig abschwächen. — Ich kann, m. H.,

in einem solchen Reichstage nichts Anderes sehen, als eine neue Geldbewilligungsmaschine für die Regierung. Früher hielten sich die Regenten Alchymisten, um sich Geld machen zu lassen; heute hat diese alchymistische Aufgabe die Volksvertretung, und wir sehen ja, daß mit der neuen Aera nach der Schlacht bei Königgrätz dieser alchymistische Gesichtspunkt sehr in den Vordergrund getreten ist. Wir haben schon kürzlich einen großen Credit bewilligt und werden in der nächsten Zeit neue Zumuthungen in dieser Beziehung erleben; diese Zumuthungen werden sich aber noch steigern im deutschen Reichstage. Die Regierung hat ja selbst schon die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bewilligungen dieser Volksvertretung eine solche Höhe erreichen würden, daß sie aus den Erparnissen einen deutschen Kriegsfonds noch neben dem preussischen Staatsfische zu bilden gedenkt. Ich aber, m. H., glaube, daß dem deutschen Volke durchaus nicht damit gedient ist, zu so viel schon bestehenden Geldbewilligungsmaschinen noch eine neue große Generalmaschine zu erhalten.

Es wäre wirklich besser, wenn die Regierung statt an den nationalen Geldbeutel an die nationale Kraft und Begeisterung appelliren wollte. Wenn man von diesem Gesichtspunkte aus verfährt und ein deutsches Parlament constituirt, wenn man uns dann klar und deutlich sagt, welche Rechte dies bekommen sollte, dann würden wir die Opfer zu Gunsten desselben auch bereitwillig auf dem Altare des gemeinsamen Vaterlandes niederlegen; ob sich dann der Herr Abgeordnete Stroffer auch mit vollem Herzen bereitwillig dazu finden würde, ist allerdings wohl fraglich. (Heiterkeit.) Jetzt aber, meine Herren, macht die Regierung gar keine Andeutungen, gar keine Vorschläge darüber, welche Rechte der neue beratende Körper bekommen soll. Die Constituirtung eines solchen vollkommen machtlosen Körpers, der keine andere Gewalt haben soll, als die seiner Stimme und Vereidlichheit, kann ich aber nur als ein sehr gefährliches Experiment bezeichnen und meinerseits eine Zustimmung dazu nicht aussprechen. Es ist dabei noch zu bedenken, daß bei der bevorstehenden Wahl durchaus nicht die Begeisterung vorhanden ist, wie 1848 bei der Wahl zum deutschen Parlament; und die Früchte der Ueberzeugungen von 1848 wird man vergeblich suchen in diesem Körper, der nur hingestellt ist, um zu berathen. — Um so mehr muß ich mich darüber wundern, daß sich auf der Rednerliste zwei der Präsidenten jenes alten Parlaments befinden, die in der Lage sind, für die jetzige Vorlage der Regierung zu sprechen. Wenn diese mir nachweisen könnten, daß der norddeutsche Reichstag wirklich ein guter Anfang für das deutsche Parlament werden würde, würde ich mich allerdings ihrer Ansicht gern unterordnen. — Bis jetzt aber muß ich gerechtes Mißtrauen hegen, und befinde mich weder sachlich noch persönlich in der Lage, dem Gesetzentwurfe zuzustimmen zu können. (Bravo links.)

Abg. v. Carlowitz (für den Gesetzentwurf): Freudig folge ich der Regierung, die den Alp des Bundestages endlich niedergeworfen, obwohl ich kein Freund der Mainlinie bin. Aber, „es fällt kein Baum auf den ersten Hieb“. Und was die Hiebe anbelangt, die aus der Hand des Grafen Bismarck bis jetzt gegen den Giffbaum, in dessen Schatten die deutsche Einheit verkrümmte, gefallen sind, so waren es, um mit Schiller im Fiesco zu sprechen, „deutsche tüchtige Hiebe“ und viel versprechend für die Zukunft. Allerdings ist ein Bundesstaat monarchischer Staaten ein Experiment. Es fehlt seiner Lebensfähigkeit die freie Einwilligung, der freie, gute Wille der beitretenden Regierungen und Völker. In Erfurt standen seine Chancen günstig. Zwar hatte die Scheu vor der Revolution die Regierungen in den Bundesstaat hineingeführt, aber es war doch mehr freier Wille vorhanden als jetzt. Damals galt er als Rettungsmittel vor der Revolution wenigstens in dem Mittelstaate, in dem ich damals lebte; alle Patrioten sollten dem Könige, der diesen Ausdruck in seiner Proclamation brauchte, folgen. Heute ist zum Theil der Krieg die Ursache, daß es anders ist. Die Völker wären durch ein liberales, verfassungstreues Regiment in Preußen allerdings zu gewinnen, für die Reue der Fürsten aber giebt es kein Rezept, da steht meine Weisheit still. Auch das Verhältnis der Staaten zu einander war zu Zeit der Union nicht so disparat wie jetzt, wo die Kleinen zu Basallen werden und die preussische Sonne wie Planeten umtreifen müssen. Jetzt kann vielleicht nur Sachsen ein Gegengewicht gegen Preußen im norddeutschen Bunde ausüben. Diese Präponderanz Preußens ist nicht weiter, als der Wegweiser zum Einheitsstaat. Den Kleinen eine verhältnismäßige stärkere Vertretung einräumen wollen, wäre eine Beeinträchtigung der preussischen Staatsangehörigen.

Was das Verhältnis von Oberhessen betrifft, so beklage ich, daß man den Erbfürsten des deutschen Bundesrechtes, wenn auch diesmal in homöopathischer Dosis dadurch verweigert hat, daß man einen deutschen Staat getheilt, ihn mit dem einen Theil nach dem süddeutschen, mit dem anderen nach dem norddeutschen Bunde gewiesen hat. Wegen der Mainlinie tröste ich mich und halte sie nur für ein Uebergangsstadium, eine Abstraktion auf die deutsche Einheitsidee. Ich will die Regierung deshalb nicht tadeln, daß sie sich in dieser Frage Einflüssen von außen nicht entziehen konnte. Ich weiß, daß das Kritirien viel leichter ist als das Bestimmen. Unbegreiflich ist mir nur die Vorliebe der Regierung für Bayern. Sachsen hat nie ein Spiel daraus gemacht, daß es uns entgegensteht; Bayern aber hat ein falsches Spiel gespielt, sich Ansehen zu einer gewissen Neutralität belanmt und erst die Mäste fallen lassen, als ihm die Befegung der Bundesfestungen übertragen werden sollte. Bayern hat es nicht um Preußen verdient, daß ihm die Führung des süddeutschen Bundes übertragen wird, dessen Lebensfähigkeit freilich noch problematischer ist als die des norddeutschen. Baden und Württemberg werden sich zweimal bestimmen, ehe sie Baierns Hegemonie anerkennen. Solche Eifersüchteleien verhindern nur gegenüber einem großen Staat wie Preußen, von dem ich wünsche, daß es mit allen Mitteln, das Bündnadelgewehr ausgenommen, die Mainlinie überschreiten möge. Dann wird Deutschlands Einheit fertig sein mit der alleinigen Ausnahme Deutsch-Oesterreichs, das uns noch längere Zeit entfremdet bleiben wird, und wenn ich noch ein Uebriqes thun soll, so will ich großmüthig sein und auch noch Liechtenstein darangeben, mehr aber nicht.

Abg. Dr. Libelt (gegen den Commissionsantrag): Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich die Vorlage vom deutschen Standpunkte aus beleuchte; ich kann dies nur vom Standpunkte derjenigen Nationalität aus, der ich angehöre, der polnischen. Von diesem Gesichtspunkte aus bin ich ganz damit einverstanden, daß der norddeutsche Bund die Grundlage für die fünftägige Einigung Deutschlands sein soll; insofern ist dieses Wahlgese auch für uns (die polnische Fraction) von hoher politischer Bedeutung. — Die polnische Bevölkerung, m. H., sowohl im preussischen Staate, als außerhalb desselben ist, wie im Jahre 1848, so auch jetzt, der Reconstruction eines kräftigen einheitlichen Deutschland durchaus nicht abgeneigt, begrüßt dieselbe vielmehr in ihrem eigenen Interesse mit Freuden, indem sie glaubt, daß mit Anerkennung des Nationalitäts-Princips auch die polnische Frage ihrer Lösung näher gerückt wird. — Zu meinem Bedauern muß ich allerdings constatiren, daß durch das von der Regierung vorgelegte Wahlgese dieses nationale Princip verletzt worden ist, da nach § 1 desselben Preußen mit allen seinen Provinzen, also auch derjenigen, in der die polnische Bevölkerung sehr zahlreich vertreten ist, in den norddeutschen Bund eintreten soll. Da aber der norddeutsche Bund nicht preussisch, sondern rein deutsch sein soll, so ist es unbegreiflich, daß man ein fremdartiges, polnisches Element mit hineinziehen will. — Die Behauptung des Herrn Minister-Präsidenten, daß die Sonderstellung, die wir hier in diesem Hause einnehmen, eine nur künstlich unterhaltene sei, muß ich als durchaus unrichtig zurückweisen; und ich begreife in der That nicht, wie er aus der treuen Wütherrückung der im preussischen Heere kämpfenden Soldaten polnischer Nationalität den Schluß ziehen konnte, daß diese deshalb Deutsche wären; im Gegentheil, gerade das polnische Nationalgefühl hat sie angeeuert zu treuer Wütherrückung und zur Erfüllung des Fahneideals, und ich sollte meinen, daß wir gerade durch das so reich vergossene Blut unserer Landsleute auf den böhmischen Schlachtfeldern das Anrecht erworben hätten, die Ehronung unserer nationalen Rechte und eine Amnestie derjenigen zu erlangen, die im letzten Hochverrathesproceß verurtheilt worden sind. Dem gegenüber ist es ein eigenthümliches Verlangen, das man an uns stellt, unsere Nationalität aufzugeben.

Wenn uns dem gegenüber die preussische Verfassungs-Urkunde vorgehalten wird, die auch wir beschworen haben, so muß ich bemerken, daß die Verfassungsurkunde durchaus nicht im nationalen, sondern lediglich im staatsrechtlichen Sinne verstanden werden kann. Wir haben es, m. H., nie verleugnet, dem preussischen Staate anzugehören, aber immer die Zumuthung von uns gewiesen, deshalb auch Deutsche sein zu müssen. Wenn wir nur unsere Pflichten als preussische Staatsbürger erfüllen, so muß es uns unbenommen bleiben, in den von uns bewohnten ehemals polnischen Landestheilen unser engeres Vaterland und in der Zusammengehörigkeit unserer Stammesgenossen unser weiteres Vaterland zu finden. Wir sind dazu auch berechtigt, weil uns beides verbrieft worden ist. Das natürliche Recht einer Nation, „zu existiren, zu athmen und sich zu einigen“, das der Herr Ministerpräsident für die deutsche Nation in Anspruch nimmt, müssen wir deshalb auch für uns verlangen. (Redner citirt hierauf verschiedene Stellen aus dem Wiener Vertrage von 1815 und anderen diplomatischen Actenstücken und führt sich auf die Vorgänge bei der Wahl zum ersten deutschen Parlament, um daraus zu beweisen, daß es ungerrecht und eine Verletzung internationaler Verträge sei, wenn man Posen und Westpreußen in den norddeutschen Bund, wie dies das Wahlgese ausspricht, einberleiben wolle.) Wir vernahmen uns, fuhr Redner fort, gegen jeden politischen Act, der da bezweckt, die polnische Bevölkerung in Preußen zu einer deutschen zu stempeln und legen überhaupt

Protest ein gegen die Competenz des Hauses der Abgeordneten, internationalen Verträge, die ganz Europa geregelt hat, einseitig zu ändern. Eine in diesem Sinne abgefaßte Erklärung von mir und meinen politischen Freunden lege ich auf den Tisch des Hauses nieder.

(Im Laufe der Discussion sind der Ministerpräsident und der Kriegsminister eingetreten.)

Abg. Dr. Simson: Der Gegenstand der heutigen Tagesordnung beschäftigt einen Theil der älteren Mitglieder des Hauses heute zum dritten Mal. Als wir 1849 so weit waren, hatten wir keine Hoffnung mehr, daß der Bund zu Stande kommen würde, 1850 war es ebenso. Hoffen wir heute bessern Erfolg! Unter den Männern, deren würdige Schatten aus der Erinnerung jener Zeiten in mir aufsteigen, ist das deutsche Volk keinem mehr verbunden als Dahlmann, dafür daß der Gedanke des deutschen Staates jetzt Wesen und Bildung gewinnt.

Wie beklage ich, daß gerade er den heutigen Tag nicht mehr mit uns erlebt! Er würde nicht einstimmen in die Lamentationen jener Seiten, sondern wie Niebuhr vom Jahre 1813 so von unserer Zeit sagen: „Es erlebt zu haben, genügt, um das Leben eines Mannes selbst bei sonst trüben Erfahrungen zu einem glücklichen zu machen.“ (Beifall.)

Unser heutiges Ziel ist nicht die Reichsverfassung und ich nehme den Unterschied mit Befriedigung und Freude wahr. Es steht mir am wenigsten zu, über den Werth der Reichsverfassung von 1849 zu entscheiden. Wie geringfügig, wie unbedeutend und bescheiden auch mein Antheil an ihrem Zustandekommen ist, ich muß es doch aussprechen: wenn mein öffentliches Leben irgend welchen Inhalt hat oder gehabt hat, so ist es nur dieser. Sie hat es zuerst ausgesprochen, daß der deutsche Bundesstaat nur ohne Oesterreich möglich ist, daß wir mit Oesterreich vortheillich in zwei Nachbarbüchern, aber unmöglich unter einem Dache wohnen können. (Sehr wahr!) Seitdem ist ein halbes Menschenalter vergangen, in welchem Jahre mit der Wucht von Jahrzehnten an uns vorübergegangen. Kann das Richtige von damals auch heute noch das Richtige sein? Vier Gesichtspunkte machen die Reichsverfassung heute unmöglich, erstens die Trennung von Oesterreich, zweitens haben wir die Regierungsgewalt nicht erst zu schaffen, sondern sie ist da, drittens haben wir nicht mehr, wie 1849, ein zusammenhängendes Preußen — dafür danken wir Gott! (Beifall.) Wir hatten endlich 1849 ein verfassungslöses Preußen vor uns. Ich behaupte trotz alledem und alledem, daß unsere Verfassung vom 30. Januar 1850 nunmehr ihre Kinderkrankheit überstanden hat. Ich habe sehr oft erlebt, daß man die Abreignung, ein Gebotenes anzunehmen, weil es zu viel ist, in die Form kleidet, es sei zu wenig. Ich bin Ende 1848 in der Lage gewesen, das Project der damaligen National-Versammlung irrendwo zu erproben. Es wurde sofort als unannehmbar bezeichnet, weil es Oesterreich aus Deutschland schaffe; wenn es ein Project gebe, durch welche alle avulsas membras imperii wieder an Deutschland kommen könnten, das wolle man annehmen.

Als ich sagte, da würde man am Ende auch an die russischen Disseprouvinzen denken müssen, hat man dies sehr übel genommen. Das Project der Regierung ist ohne Zweifel anfänglich umfassender gewesen, als das heutige vorliegende und realisirbare und ursprüngliche sollte wohl auch der Frieden erhalten bleiben. Trotz des Sieges hält jetzt die Regierung an ihrem Project fest und das rechne ich ihr zum vollsten Ruhme an. Wir müssen allen unsern Verbündeten das gegebene Wort treu und sicher halten. Wir ernten jetzt den Lohn für die lange unvergoltene Arbeit für Deutschland. Einen staatsgefährlicheren Irrthum als jenen der Herren von West u. s. w. kann ich mir nicht vorstellen, welche ihre Hoffnung auf den innern Conflict bei uns bauten. Dennoch preise ich diesen Irrthum, weil er uns zum Kriege geführt hat, welcher unsere Stellung geklärt hat. Es ist richtig, daß der „norddeutsche Bund“ den Süden noch nicht umfaßt; deswegen weist er aber den Süden nicht von sich; er ist auch nicht einmal in außerdeutsche Hände gefallen; bald werden jene Deutschen ihre Hand über die flüssige Scheidelinie zu uns herüberreichen. Man darf nicht den norddeutschen Bund vorläufig auf der Seite liegen lassen, bis auch das Deutschland jenseits der Mainlinie zu uns getreten sein wird. Ich wenigstens kann die Abreignung durch die Mainlinie als dauernd mir nicht vorstellen; die Süddeutschen haben jetzt den wahren Werth der österreichischen Freundschaft kennen gelernt, ebenio wie Oesterreich den ihrer Freundschaft. Eine solche geographische Scheidelinie ist, wie wir das in Amerika beim Missouri-Compromiß gesehen haben, unendlich gefährlich, wenn sie mit scharf ausgeprägten sittlichen und politischen Gegensätzen zusammenstößt; aber wir sind ja alle überzeugt, daß auf den beiden Ufern des Main gleichartige Sämme wohnen. Die Vereinigung wird nicht einmal lange ausbleiben, wenn wir auch ihre Stunde nicht vorher bestimmen können.

Das Zusammensein wird allerdings nicht sofort, sondern später eintreten, aber dann auch eben besser, und was gut geschieht, das geschieht auch überall schnell genug. Das Lied sagt: Das ganze Deutschland soll es sein! Aber ich verstehe es nicht, wenn man sich mit einer von allen realen Verhältnissen loslassenden Abstraction bemüht, die jedesmalig — ich will nicht sagen, reinste — aber schneidendste Formel für seine Gedanken zu finden. Der Abg. Groote hat von seinen Träumen gesprochen. Wir werden ihn sicherlich nicht darin fördern wollen (Heiterkeit), aber die Aufgabe ist doch nicht, in ewiger Sebnucht nach dem Ziele sich dasselbe bloß träumend vorzustellen, sondern die ernste Arbeit der Wanderung nach diesem Ziele anzutreten und von dem auszugehen, was man Reales und Palpables unter seinen Füßen hat. Dann werden die sich bekämpfenden Principien jedesmal ihre Ausgösung finden, welche sie am Eingang jeder neuen Epoche suchen, und das ist nützlicher, als wenn der Anfang mit der absoluten Unterwerfung der einen Seite gemacht wird. So fällt uns im günstigen Augenblicke, wenn er wieder so geschid bemut wird, wie in diesem Jahre, die Frucht von ihrer eigenen Fülle schwer in den Schooß, die wir jetzt vielleicht halbtreif und zu einer sehr dürftigen Nachreife hätten vom Baume herunterreifen können. (Sehr gut!)

Auf die Attraction des Nordens auf den Süden können wir sicher rechnen, zumal jetzt Preußen vergrößert, das kleinere um so stärker anziehen muß. Die Verathung der Verfassung und Einrichtung des neuen Bundesstaates ist nach dem unter Zustimmung der Regierung in derien § 1 Zweck des zu berufenen Parlaments. Dies Parlament kann aber nicht constituirt ausgehrt sein, da es nur ein Parlament ad hoc ist, welches einmal zusammentritt, um die Grundzüge der Verfassung niederzulegen. Dem anderen Parlamente dann darf keines von den Rechten vorenthalten werden. Außerdem wird mir aber über das Resultat der Wahlen auf Grund dieses Reichswahlgesees durchaus ungewiß; 3 große Wahlprincipien sind zugleich darin ausgesprochen in ihrer ganzen Nothwendigkeit. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich die Aufreignung der besten Wahlprincipien nicht für so unendlich wesentlich halte, weil sich durch jedes Wahlgese eine wirklich herrschende Stimmung Bahn bricht. Hier soll ja aber gar nicht die Annahme der drei Wahlprincipien für immer ausgesprochen werden, definitiv wird das zu anderen Zeiten erledigt werden. Wir geben mit dieser Vorlage, weil sie nur diesem einen Zweck diene und weil die Regierung sich dafür vertragsmäßig engagirt hat. An sich ist es allerdings ein Systemproton, die Wahl vor der Feststellung der Rechte eintreten zu lassen; aber 1848 haben wir ebenso gewöhnt, 1850 entgegengekehrt, und es ist uns beide Male mißglückt; aus dem Früher oder Später läßt sich kein Schluß ziehen. Manche Wünsche, welche beantragt worden sind, werden meine Freunde und ich ablehnen, ohne mit ihrem Grundgedanken unzufrieden zu sein; was wir genehmigen, genehmigen wir ohne Rückhalt. Von der „Indemnität“ hoffen wir, daß man bald nicht mehr davon sprechen wird.

Der Ausspruch des Herrn Abg. Stroffer, daß eine neue ständische Gliederung die Wahlen beherrschen solle, ohne daß dadurch das „Liebe Mittelalter“ wieder hergestellt zu werden brauche, erinnert mich an eine Scene aus dem herrlichen Zimmermann'schen Romane, dem Münchhausen. Befinnen Sie sich wohl, der alte Baron — ein trefflicher alter Mann — fängt darüber nachzudenken an, wie eigentlich das deutsche Reich hätte abhandeln kommen können und wie der Hecheltram'sche Fürstentum hätte aufbören können, zu regieren, und insbesondere, wie er, der Baron selbst, nicht mehr geborenes Mitglied des geheimen Rathes sein sollte. (Heiterkeit.) Bei diesen Betrachtungen kommt er über die ersten beiden Probleme einigermaßen hinweg; aber in dem dritten, dem Geheimrathsproblem, da bleibt er stehen (große Heiterkeit), und da erschließt er sich denn kurz und gut zu der Annahme, von der mir auch der Herr Abg. Stroffer auszugehen schien, daß Alles jetzt Bestehende nur ein vorübergehender Zustand sei und die gute alte Zeit doch bald wiederkomme. (Heiterkeit.) Der Baron erschließt sich dann, wie es in dem Romane heißt, in dieser Ueberzeugung zu leben und zu sterben, und, meine Herren, bei dieser Ueberzeugung wollen wir es denn auch ruhig bewenden und ihn insbesondere dabei verbleiben lassen. (Heiterkeit.)

Ich kann, meine Herren, nur nochmals die Aufforderung wiederholen, dem vorliegenden Wahlgese zuzustimmen, ich denke, wir wissen aus unserer Geschichte, daß unser Volk manchen traurigen Winter überlebt hat, einen darunter von dreißig Jahren. Es ist zu seiner Verbollkommenung und zu seinem Fortschritte nicht auf ebener Bahn, nicht in sanfter Bewegung gekommen; aber, meine Herren, es hat um so häufiger und um so herrlicher seine Wüthen und seine Früchte wiederholt, und — nach der Weisung Schleiermacher's aus den schweren Jahren 1806—1812 — sich als ein ausdauerndes Gewächs im Garten Gottes erwiesen. Alle Configurationen deutscher Erde, auch so große, wie die Heinrichs des Löwen, sind zu Grunde gegangen und die großen Kaisergeschlechter sind in ihr Grab gestiegen; aber die Aufgabe des deutschen Staates ist stehen geblieben und das Erbtheil unserer Monarchie geworden,

Wollen Sie, m. H., ein Deutschland, überall im Aufblühen und Voranschreiten begriffen, frei und einig in sich, überall geachtet, wenn es sein muß, gefährdet und doch nirgends gehäht, der mächtigste Staat in diesem Erdtheile, und doch keine Drohung für die Freiheit irgend eines Nachbarstaates, dann geben Sie getrost den Weg, zu welchem Ihnen der erste Schritt durch die Annahme der gegenwärtigen Vorlage gebahnt wird. Stimmen Sie für die Vorlage! (Beifall rechts.)

Ab. v. Gerlach: M. H.! Der Referent hat uns am Eingange vorgebracht, es handle sich nicht um eine Zerstückelung Deutschlands, es sei vielmehr Unfuss, davon zu sprechen. Der Abg. Birchow hat sich dazu in Gegensatz gestellt, und der Herr Vorredner hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß wir doch nicht die süddeutschen Staaten aus Deutschland herausgeworfen haben. Dagegen erlaube ich mir die Frage: Wer hat denn die süddeutschen Deutschen aus Deutschland geworfen? Alle drei Herren aber werden gewiß darin einig sein, daß sie für ein großes, ganzes und einig Deutschland schwärmen, ich überlasse es ihnen, sich selbst darüber auseinanderzusetzen und erlaube mir, auf das eigentliche Thema überzugehen. Der Vertrag, durch welchen der norddeutsche Bund zu Stande kommen soll, soll von den Regierungen vereinbart werden, nachdem die norddeutsche Volksvertretung zuvor gehört sein wird. Bisher war es aber Sitte und Völkerecht, daß die Verhältnisse verschiedener Staaten zu einander nicht durch die Nationalvertretungen, sondern durch die Regierungen selbst geregelt wurden, in Deutschland ist das jetzt vorgelegene Mittel nur 1848 und 1850 zur Anwendung gekommen, und ich glaube, daß dies Beispiel bei den Conservativen wenigstens nicht besonderen Beifall haben wird. Ich würde es für heilsamer halten, daß den Fürsten der internationalen Verträge — denn von einem solchen muß auch zwischen den einzelnen deutschen Staaten gesprochen werden — (Hört! Hört!) nach der alten Sitte überlassen würde. Inzwischen dürfte wohl die Autorität des Mannes, den wir an der Spitze der Regierung zu sehen alle die Freunde haben, genügen, uns über diese kleine Sinneigung zur Volksouveränität zu beruhigen. (Heiterkeit.)

Aber ich habe noch andere Bedenken gegen die Gesetzbilligung und den Commissionsentwurf; denn wie soll diese Nationalvertretung hergestellt werden? Es lag wohl nahe, daß in den anderen Ländern eine Wahl veranlaßt worden wäre, wie in Preußen. Jede Wahl — und das wird wohl nur von wenigen Herren des Fortschritts bezweifelt werden — ist an sich ein Unglück (allgemeine Heiterkeit); Sie scheinen durch Ihr Votum mir widerprechen zu wollen; das ist für mich aber um so mehr ein Beweis für die Richtigkeit meiner Ansicht (Heiterkeit). Die Wahlen führen Vieles herbei, was uns Allen zuwider ist, das Aufregung des Volkes, das Intriguen u. s. w. (Heiterkeit links). Sie brauchen nur ins erste Dorf zu gehen und den Leuten mitzutheilen, daß wieder einmal gewählt werden soll, so werden Sie sehen, daß die übergroße Majorität — und auf Majoritäten geben Sie ja so viel — erklärt, daß das eine fatale Geschichte sei, überhaupt zu wählen (Heiterkeit). Ich hätte gewünscht, daß uns diese Qual des Wählens erspart werden wäre und sehe keinen Grund ein, wenn den kleinen deutschen Staaten diese Unannehmlichkeit nicht erspart werden kann, warum uns dann diese Strafe auferlegt werden soll. (Heiterkeit.) Aber wenn nun einmal gewählt werden soll, so hätte man doch wohl einen anderen Modus finden können, welcher weniger Bedenken gegen sich hätte, als der jetzige. Was für Wahlen sollen denn nun vor sich gehen? Bis jetzt hatten wir das Dreiklassenystem, welches große Mängel haben soll, welches auch seine Zwecke nicht erreichen soll, wie man sagt.

Es ist aber auf dieser Erde Alles mangelhaft (Heiterkeit), und wenn man einen Mangel findet, so muß man das Mangelhafte nicht sofort über Bord werfen, ohne etwas Besseres zu haben, sondern abwarten. Von der rechten Seite des Hauses wird im Princip wohl kaum Jemand sich für die Kopfzahlwahl erklären und nicht vielmehr für die durchbrochene Kopfzahlwahl. Diese reine Kopfzahlwahl ist ein atomisiertes Volk voraus, aus diesem Wahlen eine Vertretung des „Arbets“, wie es genannt wurde, herbeizubringen. Wir müssen uns immer bewußt bleiben, daß ein Mann, der eine Quadratmeile Besitz hat, ein größeres politisches Gewicht hat, als einer, der eine Quadratruthe hat. Da wird gesagt, das Gewicht einer Menschenseele sei so groß, daß es auf den Besitz nicht ankommt, ja, das Gewicht ist ein sehr großes; aber es gehört doch noch Manches dazu, was drum und dran hängt. (Heiterkeit.) Im Gegensatz hierzu wird nur ein solches Drum-und-dran an der Seele vorausgesetzt, nämlich ein männlicher Körper. (Große, allgemeine Heiterkeit.) Das genügt nicht. Außerdem sprechen noch andere Gründe gegen die Annahme des Entwurfs, nämlich das directe Wahlrecht. Es unterliegt sich vom indirecten bekanntlich dadurch, daß die Beeinflussung von etwas verschiedener Seite kommt. Das Einschluß überhaupt bei jeder Wahl nöthig ist, das ist ganz zweifellos; ebenso unweifelhaft aber ist es, daß er von der natürlichen Autorität dessen, auf den er ertheilt werden soll (Heiterkeit), ausgehen muß. Im conservativen Interesse muß die nächste Autorität aufrecht erhalten bleiben. Ferner glaube ich auch nicht, daß die breiteste Grundlage die beste ist, ich halte sie für keine Grundlage. Wenn endlich der Herr Vorredner den Strom bezeichnet, welcher diese Vorlage angenommen machen wird (Heiterkeit), so giebt es dagegen ein Mittel, das Festhalten an den Grundfäden und Principien. (Allgemeine Heiterkeit, Bravo.)

Abg. Dr. Löwe (für den Commissions-Antrag). Erlauben Sie mir nach der heitern Unterbrechung, die wir in dieser schweren Arbeit gehabt haben, unmittelbar in die Sache selbst wieder einzutreten. (Bravo.) Bisher hat Jeder gefragt, zu welchem Staatskörper man eigentlich die Wahl vornehmen solle, für welche Verfassung und zu welchem Wege der Politik. Der erste Redner hat sehr richtig bemerkt, daß durch die neuliche Abstimmung über die Incorporation auch der Würfel über dies Wahlgesetz schon geworfen ist. Sie haben damit einen sehr schwierigen Weg betreten. Nachdem man uns so oft gesagt hatte, ein Bundestag mit lauter souveränen Fürsten sei ein Un Ding, glaube ich, würde man nun den Vortheil begreifen, wenn man nun einen Bundestaat mit theilweise entfürsteten Staaten schaffen würde, um so mehr, als die Aufgaben, die dem norddeutschen Parlamente ja ausdrücklich zugewiesen werden sollen, solche sind, gewisse Lasten auf die neuen Landesbesitzer zu legen. Diese hätten um so leichter den mit Fürsten versehenen Staaten übertragen werden können, wenn wir sie gleichzeitig auf solche übertragen, die ohne Fürsten sind, ohne daß diese schon absolut zu Preußen gehörten. Ich hatte mich also ganz auf den Boden gestellt, auf dem wir jetzt stehen, und darum kann ich auch die Kritik des Herrn Abg. Birchow in Bezug auf meine Consequenzen nicht vollständig begreifen. Haben wir zu anderen Zeiten andere Arbeiten vollzogen, so waren diese auch für andere Verhältnisse bestimmt, nur wenn wir die jetzigen Veränderungen selbstständig mitgemacht hätten, dürfte die Frage an uns gerichtet werden, warum wir diesen Sprung gemacht haben, der nun eingetreten ist.

Meine Herren! Ich stehe auf dem Boden der vorhandenen Thatsachen, ich habe nicht irgend eine Tradition zu betreten, und arbeite daher mit an der Arbeit, die ich gerade vorfinde. Ich glaube allerdings nicht, daß mit der Aufgabe, die Ihnen jetzt zugefallen ist, die Reichsverfassung absolut untraglich geworden wäre; aber da wir nun einmal in Nicolburg stehen geblieben sind, in Folge einer Miscalculation — man hatte die Kräfte der Gegner überschätzt —, so müssen wir die Verhältnisse nehmen, wie sie sind, und müssen versuchen, den Anfang zu machen auf einem Wege, auf dem möglicherweise ein Fortgang sein kann. Ich habe allerdings nur geringe Hoffnung darauf. Die Regierung, finde ich, habe die Idee gehabt, wennes zum Schlimmsten komme, müsse man sich in den Bundesstaat und zwar in den Bundesstaat mit ganz Deutschland werfen. Jetzt hat sie einen anderen Weg eingeschlagen, ohne unsere Zustimmung allerdings. Lassen Sie uns aber trotzdem nicht die Verantwortung zuwerfen, daß wir nachher einen Schritt unmöglich gemacht haben sollten, von dem aus man hätte die Dinge besser verwerten können, als sie so verwertet worden sind. Ich wünsche von Herzen, daß das Ding gelingen möge, ich will der Regierung, so weit ich vermag, freien Weg machen, so weit zu geben, wie sie auf ihrem Wege kommen kann. Trotz der rückläufigen Bewegung vom Bundesstaate, in der wir uns jetzt befinden, werden wir doch, glaube ich, noch einmal auf dem Punkte anlangen, wo wir sehr wohl das erlangen können und sehr wohl davon Gebrauch machen werden. Haben wir das von unseren Gegnern erlangt, dann tritt der zweite Moment ein, wo wir von unseren gegenwärtigen Verbündeten für die Bildung einer bestimmten Macht, so viel erlangen müssen, als zu erlangen ist. Und das zu erlangen ist der Weg auf den Bundesstaat. Daß die Reichsverfassung einer Revision bedarf, gebe ich zu.

Die Grundlage, welche die Regierung in ihrem Reformvorschlage an den Bund gegeben hat, verlangt aber durchaus dieselbe Revision, die auch die Reichsverfassung hätte erleiden müssen; denn es fehlt darin die Einheit der Armee ebenso wie die Selbstständigkeit der Finanzen, denn nach der Vorlage der Regierung würden wir eine sächsische, böhmische u. s. w. Armee erhalten neben der Reichsarmee. Die Hoffnungen, die wir lassen können, sind also gewiß noch sehr gering. — Wir Alle waren, als wir in diese Session eintraten, der Meinung, es würde die Militärfrage nur diesem norddeutschen Parlamente zugewiesen werden. Jetzt aber hört man in den vertraulichen Unterhaltungen der Mitglieder dieses Hauses von allen Seiten die Frage wieder auftauchen: Wie wird es mit dem Militär-Entge? Die Militärfrage drängt sich so wieder, wie eine schwere Wolke uns entgegen, und es ist nicht mehr das norddeutsche Parlament, welches damit begnadigt werden soll, sondern wir sollen erst recht wieder eine preussische Armee schaffen und die norddeutsche Armee soll

die preussische nicht aufnehmen. Meine Herren! Ich beklage dies in jeder Weise; ich beklage dies für uns, ich beklage es für den Gegenstand, den Sie schaffen wollen, ich beklage es für das norddeutsche Parlament, das Sie so beschränkt hinstellen und dem Sie damit eine der wichtigsten Arbeiten nehmen, die für die Gestaltung des neuen Staates notwendig sind.

Den Herren, welche die 23 Millionen Preußen immer den 5 Millionen der anderen Staaten gegenüberstellen, bemerke ich, daß ja letztere nicht isolirt werden, sondern daß aus allen die Vertreter aller Meinungen hervorgehen werden. Wenn man sagt, es sei unwürdig, eine solche Versammlung mit solcher Competenz auszuführen, so bedente man, daß von Anfang an nur die Rechte von uns an dies Parlament abgetreten werden sollen, die es wirklich ausübt; Mächtigkeit wäre allerdings für eine solche Versammlung die größte Gefahr. Festhalten müssen wir, daß dies norddeutsche Parlament nur der Weg zur Verbindung mit Süddeutschland sein soll, und daß von den bis jetzt in Händen des Volkes befindlichen Rechten nichts geopfert werden soll. Deswegen mußten aber Thatsachen von vornherein anerkannt werden.

Die Versammlung, die wir ebenso von vornherein anerkennen müssen, wird sich ihre Competenz selbst bestimmen und wenn sie dies thut, wird sie eben auf dem Boden der gegebenen Thatsachen stehen. Durch das Wort „Vereinbarung“ würden Sie aber abfolut die Vereinigung aussprechen, nicht bloß mit der Krone Preußens, sondern auch mit Mecklenburg, Oldenburg u. s. w. Nun halte ich aber die Vereinigung mit einem Factor für sehr mißlich, mit vielen für unmöglich. Deswegen muß zur Befriedigung der Bedürfnisse in dem neuen Bundesstaate neben der Regierung eine Volksvertretung stehen.

Man mag auf einem absolutistischen, constitutionellen oder demokratischen Standpunkte stehen, so wird man doch immer und unter allen Umständen etwas zu Stande bringen müssen, und wenn etwas zu Stande gebracht werden soll, so bedarf der Regierung die Zustimmung des Volkes. Will sie das nicht versuchen, so wird sie das Ziel viel weiter zurücksteden müssen, als sie es schon gethan hat. Dann wird nicht allein keine Brücke nach den mit uns noch nicht verbündeten Staaten hinübergebaut werden, sondern die Staaten werden in eine noch größere Isolirtung getrieben werden, so daß ich befürchte, daß die Rheinbindensbestrebungen, die uns schon so oft entgegengetreten sind, sich realisiren. Damit dieser Gebante eines Anschlusses an Frankreich nicht eintritt, dafür müssen wir hier sorgen.

Was nun das allgemeine Wahlrecht betrifft, so hat gerade die Aufnahme dieses nun den Beweis geliefert, daß die Regierung sich des großen Momentes wohl bewußt ist und daß sie daher, wie in jedem großen Momente, an die natürlichen Quellen hat zurückgreifen müssen. Und wenn auch aus der ganzen Sache weiter nichts wird, als diese Anerkennung, so werde ich doch sagen, daß diese Gelegenheit nicht ohne Frucht geblieben ist. (Bravo.)

Der Antrag auf Schluß der General-Discussion wird mit großer Majorität angenommen. Es erhält das Wort der

Abg. Twesten (als Berichterstatter): Die Angriffe, die das Wahlgesetz in der heutigen Debatte erfahren, waren mehr gegen einen norddeutschen Bund überhaupt gerichtet. Man sagte einmal, wir wüßten ja noch gar nichts vom eigentlichen Parlament; ich denke aber, das kann kein Grund sein, um die Sache überhaupt von der Hand zu weisen, um der Regierung überhaupt die Erlaubniß zur Verfassung eines Parlamentes zu versagen. Es ist vielmehr das Eingehen darauf das beste Mittel, eine, wenn auch vorläufig nur theilweise Einigung Deutschlands herbeizuführen und namentlich dem Volke seine Mitwirkung dabei zu sichern, während im gegentheiligen Falle die Regierung allein das Werk der Neugestaltung in die Hand nehmen würde. Ein zweiter Einwand, den man gemacht, betrifft die Stellung des Parlamentes zu unserer Verfassung und zu der neu zu gründenden deutschen Verfassung.

Die Commission hat allerdings die großen Bedenken nicht verkannt, der eine Volksvertretung ohne bestimmte Rechte unterliegt. Nichtsdestoweniger hat es die Commission als unmöglich erachtet, derselben eine andere Stellung als eine beratende zuzuwenden. Denn die preussische Verfassung kann nur auf verfassungsmäßigem Wege geändert werden; wir können auf keines unierer Rechte verzichten, ehe wir nicht eine ganz bestimmte Verfassung sehen, auf welche wir dieselben übergeben lassen können. Wir können daher das zukünftige Parlament nur als ein beratendes ansehen, dessen Beschlüsse, so weit sie uns angehen, wir selber erst zu prüfen haben. Zudem ich aber auf politische Einsicht und richtige Würdigung der Verhältnisse in diesem Parlamente rechne, wird sich naturgemäß auch Alles, Regierungen wie Völker, der Intelligenz, diesen Beschlüssen beugen.

Die meisten Angriffe endlich haben sich gegen die Beschränkung des Bundes auf Norddeutschland allein gerichtet und gegen das Uebergewicht Preußens in demselben. Nun, es wird gerade Sache des Parlamentes sein, dieses Uebergewicht in den nöthigen Schranken zu halten. Ebenso halte ich den Widerspruch des Herrn Abg. Birchow gegen meine Anschauungen für unbegründet. Er sagt, durch die Constatirung des norddeutschen Bundes werde Deutschland zerstückelt werden. Allerdings, wenn wir bisher ein einziges Deutschland gehabt hätten und das sollte nun auf Norddeutschland allein beschränkt werden, so könnte man von einer Zerstückelung Deutschlands sprechen. Aber der Haupteinwand gegen den bisherigen Bundesstaat ist ja immer gewesen, daß er keine Einheit sei und er vielmehr die Uneinheit Deutschlands repräsentire. Da es zur Zeit nun nicht möglich ist, die Einheit für das Ganze herzustellen, so müssen wir dieselbe vorläufig auf einen kleineren Kreis beschränken.

Es handelt sich demgemäß darum, in Deutschland, welches bisher nur durch die internationalen Bande der Cultur vereinigt war und kein politisches Band besaß, ein solches herzustellen. Und wenn das vorläufig nur mit einem Theile geschieht, kann man dies wohl als einen Verlust Deutschlands bezeichnen? Hat man das 1863 einen Verlust Deutschlands genannt? Ein ähnlicher Vorgang liegt heute vor. Und wenn man also sagt, daß wir jetzt einen Rückschritt gethan hätten, daß wir jetzt hinter dem zurückstünden, was bis jetzt vorhanden war, so halte ich das für eine Ausführung, die der Lage der Dinge in keiner Weise entspricht.

Der Antrag auf Vertagung der Specialdiscussioin wird angenommen. Es folgen einige kurze persönliche Bemerkungen der Abgeordneten Birchow und Strofer. Schluß der Sitzung um 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 12. Septbr. In Aussee (Steiermark) fand vorgestern eine Zusammenkunft österreichisch-deutscher Landtagsmitglieder statt, um die Mittel und Wege zu berathen zur Behauptung der Stellung der Oesterreichisch-Deutschen und der Erhaltung des Zusammenhanges mit Deutschland. Es wurde anerkannt: die Bildung einer geschlossenen deutschen Partei sei notwendig. Der Dualismus mit der parlamentarischen Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten sei die einzige Form zur Erreichung der Freiheit; die legale Gesamtvertretung der eislerthänischen Länder sei geboten. (Wolffs Z. B.)

London, 10. Sept. Die „City of Paris“ hat newyorker Berichte vom 1. d. überbracht. In Auburn, bei Gelegenheit eines zu Ehren des Präsidenten veranstalteten Bankets, stellte Staats-Secretär Seward den mexikanischen Gesandten Romero vor und erklärte, er hoffe, mit kommendem ersten November werde die mexicanische Regierung von den letzten Spuren der feindseligen Invasion befreit sein. General Grant brachte einen Toast auf Romero und auf den Erfolg der liberalen Sache und der allirten Republiken aus.

Paris, 11. September. Wie die „Patrie“ schreibt, würden verschiedene auf die Reorganisation des Heeres bezügliche Fragen einer Specialcommission übergeben werden, welche beauftragt sei, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, mit dem sich der gesetzgebende Körper in der nächsten Session zu beschäftigen hätte.

General Castelnau, Flügeladjutant des Kaisers, reist morgen in besonderer Mission von Nazaire ab, um dem Kaiser Maximilian einen eigenhändigen Brief des Kaisers zu überbringen.

Lowestoff, 10. September. Das von Reuter's Telegraph-Compagny zur Herstellung einer Verbindung mit Hannover angefertigte Telegraphen-Kabel wurde gestern Abend hier gelandet. Die Legung des Kabels wurde alsbald in Angriff genommen und hat guten Fortgang. Die Signale sind deutlich.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 11. Septbr., Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war unbelebt, die Haltung träge. Die 3proc., welche zu 70, 20 begonnen, schloß zu 70, 25. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89 1/2 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 70, 25. Italien 5proc. Rente 57, 60. 3proc. Spanien —, Iproc. Spanien —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 375, 00. Credit-Mob.-Aktien

682, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 421, 25. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 313, 00. 6proc. Ver. St. pr. 1882 82 1/2.

London, 11. September, Nachmittags 4 Uhr. Wetter veränderlich. Schluß-Course: Consols 89 1/2. Iprocente Spanien 33 1/2. Sardinier 70. Italien 5proc. Rente 57. Lombarden 19 1/2. Mexicaner 16 1/2. 5proc. Russen 88. Neue Russen 90. Silber 60 1/2. Türkl. Anl. 1865 29 1/2. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pr. 1828 71 1/2.

London, 11. Septbr., Nachmittags. Aus New-York wird vom 10. v. M. Abends gemeldet: Wechselcourse auf London 155, Goldagio 46 1/2, Bonds 111, Baumwolle 33.

Die Staatsschuld hat sich im verfloffenen Monat um 37 Millionen Dollars vermindert.

Bremen, 11. September, Mittags. Die bremer Bank hat den Discout von 5 auf 4 1/2 pCt. herabgesetzt.

Wien, 11. Sept. [Anfangs-Course.] 5proc. Metall. 61, 50. Bankactien 740. — Nordbahn — National-Anleihen 68, 50. Credit-Aktien 162, 50. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 192, 10. Galizier 214. London 130, 50. Hamburg 97. — Paris 51, 60. Pöhm. Westbahn 157, 50. Creditloose 126, 50. 1860er Loose 82, 60. Lombardische Eisenbahn 215, 50. 1864er Loose 72, 90. Silber-Anleihe 78. — Gültige Stimmung.

Wien, 11. Sept. [Abend-Börse.] Credit-Aktien 163, 36. Nordbahn — 1860er Loose 82, 90. 1864er Loose 73, 10. Oesterr.-Franz. Staatsbahn 192, 30. Galizier — Westbahn — Creditloose 129, 50, beschränkt aber fest.

Antwerpen, 11. Sept. Petroleum, raffin. Type, weiß: überändert, 73 Francs pr 100 Ko.

Frankfurt a. M., 11. Septbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Sehr still. — Schluß-Course: Wiener Wechsel 90 Fiml. Anleihe —. Neue 4 1/2 Fiml. Pfandbriefe —. 6% Verein. St.-Anl. v. 1882 75. Oesterr. Bankactien 680 Br. Oesterr. Credit-Aktien 144 1/2. Darmst. Bank-Aktien —. Oesterr. Franz.-Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Elisabethbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahbahn —. Ludwigshafen-Berbad 148 Br. Hessische Ludwigsbahn —. Darmst. Fettelbank —. 1854er Loose 58 1/2 Br. 1860er Loose 63 1/2. 1864er Loose 65 1/2 Br. Oesterr. National-Anleihen 52 1/2. 5% Metalliques —. 4 1/2% Metalliques —.

Hamburg, 11. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Die Börse war leblos und ohne Tendenz. Altona-Kieler Eisenbahnactien, alte 141, neue 134 1/2 angeboten. Schluß-Course: National-Anleihe 53. Oesterr. Credit-Aktien 61 1/2. Oesterr. 1860er Loose 62 1/2. Mexicaner —. Vereinsbank 108 1/2. Nordb. Bank 118 1/2. Rheinische 118 1/2. Nordbahn 70. Finnländische Anleihe 81 1/2. 1864er Russ. Brämien-Anleihe 81 1/2. 1866er Russ. Brämien-Anleihe 78 1/2. 3pCt. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 68 1/2. Disconto 3 pCt.

Hamburg, 11. Sept. [Getreidemarkt] sehr fest. Weizen loco fest, ab auswärts 2 Tplr. mehr gefordert, pr. Sept.-October 5400 Pfd. netto 125. Bantochaler Br. u. Gld., pr. October-Novbr. 123 Br., 122 Gld. Roggen pr. Septbr.-Octr. 5000 Pfd. brutto 74 Br., 73 1/2 Gld., pr. Octr.-Novbr. 74 1/2 Br., 74 Gld. Dei pr. September 26, pr. October 26 1/2, sehr fest. Kaffee sehr ruhig. Zink ohne Kauflust. Schnees Wetter.

Liverpool, 11. Septbr., Mittags. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Überändert. — Middling americanische 13, middling Orleans 13 1/2, fair Dhollerah 9 1/2, good middling fair Dhollerah 8 1/2, middling Dhollerah 7 1/2, Bengal 7, New Dorna —, New Dhollerah 9 1/2 — 10.

Paris, 11. Septbr., Nachmittags 3 1/2 Uhr. Rüböl pr. September 100, 00, pr. October-Dezember 100, 00, pr. Januar-April 100, 50. Mehl pr. September 65, 50, pr. November-Dezember 67, 70. Spiritus pr. October-Dezember 58, 50.

[Breslauer Börse vom 12. Septbr.] [Schluß-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Russisch Papiergeld 76 1/2 — 1/2 — 1/2 bez. Oesterr. Banknoten 78 1/2 — 77 1/2 — 78 1/2 bez. Schles. Rentenbriefe 92 1/2 bez. Schles. Pfandbriefe 87 1/2 — 1/2 bez. Oesterr. National-Anleihe 53 1/2 bez. Freiburger 137 Br. Neisse-Brieger —. Oberschle. Litt. A. u. C. 166 1/2 Gld. Wilhelmshafen 52 Br. Doppel-Larnowitzer 75 1/2 Br. Oesterr. Creditbank-Aktien 62 Br. Schles. Bank-Verein 111 1/2 Br. 1860er Loose 64 Br. Amerikaner 75 1/2 bez. Warschau-Wiener 58 1/2 Br. Minerva 34 1/2 Br.

Breslau, 12. Septbr. Preise der Cerealien. Festsetzungen der vortzzeitlichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein mittel ordin.	fein mittel ordin.
Weizen, weißer 78—80	76 72—74	Roggen, neuer 52—53 51 48—50
do. gelber, alter 77—80	74 68—72	Gerste 43—45 41 38—40
do. do. neuer 74—76	73 70—71	Hafser 25—26 24 22—23
Roggen, alter .. 55 54 53	Erbsen 60—62 56 50—53	

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	196 186 173
Winterrübsen ..	178 168 158
Sommerrübsen ..	— — —
Dotter	150 140 130

Looco (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles 14 1/2 Tplr. bez.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 2000 Ctr. Roggen. — Ctr. Hafser. — Ctr. Rapskuchen. 400 Ctr. Rüböl. — Ctr. Leinöl. — Ort. Spiritus.

* Breslau, 12. September. Wind: West. Wetter: regnet. Thermometer früh 13 Grad Wärme. Am heutigen Markte blieb das Angebot belanglos und dementsprechend der Geschäftsverkehr beschränkt, Preise zeigten keine bemerkenswerthe Aenderung.

Weizen wurde in feiner gelber Waare mehr beachtet, pr. 85 Pfd. schlesischer neuer Weizen 72—80 Sgr. feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, gelber neuer 70—76 Sgr. — Roggen behauptet, pr. 84 Pfd. neuer 48—53 Sgr., alter 53—56 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste schwaig beachtet, pr. 74 Pfd. weiße 44—45 Sgr., helle und gelbe 38—42 Sgr. — Hafser behauptet, pr. 50 Pfd. neuer 22—26 Sgr., alter bis 29 Sgr., feinstes über Notiz bezahlt. — Koch-Erbsen ruhiger. — Widen ohne Handel. — Velsaaten kaum verändert. — Lupinen ohne Handel. — Schleifische Bohnen wenig beachtet, pr. 90 Pfd. 115—125 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlagslein ohne Handel. — Rapskuchen behauptet, 42—44 Sgr. pr. Ctr.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad in Pariser Anien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 11. Sept. 10 U. M.	330,46	+14,6	D. O.	Trübe.
12. Sept. 6 U. Mrg.	330,73	+12,6	W. 1.	Bedeckt, Regen.

Breslau, 12. Sept. [Wasserstand.] D.-B. 13 F. — 3. U.-B. — 3. 3 Z.

* [Personalien.] Capl. Lic. theol. Julius Wiede in Grottkau als solcher nach Landesbut. — Welptr. Dr. Em. Grundey in Ziegenhals als 2. Capl. nach Grottkau. — Capl. Aug. Sperlich in Landesbut als 2. Capl. an die Domkirche in Gr.-Glogau. — Capl. G. Linke in Nidlasdorf als solcher nach Reichenau bei Camenz. — Capl. Bruno Hahn in Freitalwald als solcher nach Jobten am Berge. — Welptr. Paul Hanuschke in Gostitz als Capl. nach Nidlasdorf Oesterr.-Schles. — Welptr. Carl Schneider in Neustadt als Capl. nach Freitalwald Oesterr.-Schles. — Pfarr-Adm. Gustav Maliste in Rothbrännig als Pfarrer dafelbst.

Hauslehrer S. Kintke in Birtenbrück als Local-Adj. nach Pfaffendorf, Kr. Reichenbach. — Lehrer und Cantor Ferd. Slawny in Spanbau als solcher nach Dhlau. — Schulamts-Cand. Ernst Tobias in Schönau als Adj. nach Antonienhütte, Kr. Beuthen.

[Personal-Chronik.] Des Königs Majestät haben dem kath. Lehrer Wjhtrop zu Lubom im Kreise Ratibor das allgemeine Ehrenzeichen allergnädigt zu verleihen geruht.

Ernannt: Der praktische Arzt Dr. Vof zum Kreis-Wundarzt des Kreises Falkenberg.

Bestätigt: Die Wahl des Partikuliers Wärtner zu Larnowich zum Rämmerer dafelbst.

[Personalien.] Bestätigt: die Vocation für den bisherigen Lehrer in Rosenau, C. H. Schätze, zum Lehrer an der evang. Schule in Wolfsdorf, Kreis Goldberg; für den bisherigen Hilfslehrer R. H. Hiller zum Schul-lehrer in Mähnersdorf, Kreis Bollenhain.

Das 45. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 6399 das Privilegium wegen Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Obligationen des Kreisfiskus von Betrage von 35,000 Thalern. Vom 30. Juli 1866; und unter Nr. 6400 das Privilegium wegen Ausgabe von zwei Millionen Thalern Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn-Gesellschaft. Vom 18. August 1866.

Berliner Börse vom 11. Septbr. 1866.

Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Staats-Anl., Präm.-Anl.) and their corresponding prices.

Eisenbahn-Stamm-Aktion.

Table listing railway stocks (e.g., Aachen-Mastrich, Berlin-Stettin) and their prices.

Ansländische Fonds.

Table listing foreign bonds (e.g., Oesterr. Metallques, Russ. Engl. Anl.) and their prices.

Bank- und Industrie-Papier.

Table listing bank and industrial stocks (e.g., Berl. Kassen-V., Dresdner Bank) and their prices.

Eisenbahn-Prioritäts-Aktion.

Table listing railway priority stocks (e.g., Berg.-Märkische, Ost-Pr.-A.) and their prices.

Wechsel-Course.

Table listing exchange rates for various locations (e.g., Amsterdam, London, Paris).

[Submissionen.] Königl. Direction der Bergisch-Märkischen Eisenbahn. Lieferung von 20,000 Mfd. Eisenbahnschienen mit Buddelsstahlkopf. Termin in Oberfeld: 21. September.

Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn. Lieferung von ca. 1,026,666 Ctr. (280,000 Td.) Stachtpfählen und 7,333 Ctr. (2000 Td.) Kleinföhlen. Termin in Breslau: 15. September.

Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn. Lieferung und Aufstellung des eisernen Ueberbaues zu der weitestgehenden Brücke über das beuthener Wasser bei Kleinitz im Gewicht von 84,200 Pfd. Schmiedeeisen und 3700 Pfd. Gußeisen. Termin in Breslau: 18. September.

ch. Breslau, 11. Sept. [Stolzecher Stenographenverein.] Nach längerer, durch die Schulferien, die gegenwärtigen Zeitumstände u. d. begingter Pause hielt derselbe am 6. d. Mts. seine General-Versammlung pro Septem-ber ab, in welcher ein wirkliches und ein correspondirendes Mitglied neu aufgenommen wurden. Der neu gebildete Stenogr. Verein zu Gr.-Stogau hat seinen Beitritt zum ostdeutschen Stenographenbunde angezeigt. Der Vorsitzende theilt mit, daß er vom 1. October ab einen neuen Curfus unter den bisherigen Bedingungen abhalten werde. Der Verein beschließt, in der 2ten Sitzung des October ein Wett- und Prämienreiben der Mitglieder zu veranstalten, dessen Leitung der Kassirer übernimmt. Bezüglich einer Wiederaufnahme der in den vorausgegangenen Wintern abgehaltenen „Veränderungsfränzchen der Breslauer Stenographen“ hat der Verein beschlossen, auch in diesem Winter ähnliche, mehr dem Vergnügen gewidmete Zusammenkünfte der Vereinsmitglieder als „gesellige Abende des Stolzecher Stenographen-Vereins“ zu veranstalten, bei denen auch Nichtmitglieder durch Mitglieder eingeführt als Gäste Zutritt haben und in denen musikalische und declamatorische Vorträge, sowie auch Vorträge wissenschaftlichen Inhaltes vom Ganzen weniger in den Hintergrund gedrängt werden sollen, als früher. Die Direction der Abende wird dem stellvertretenden Vorsitzenden, Hrn. Steuerbeamten Schnabel, übertragen. — Aus dem vom Schriftführer bearbeiteten und in der letzten Nummer des Vereinsorgans enthaltenen Jahresbericht haben wir Folgendes hervor: Der Verein zählte am Schlusse des Vorjahres 5 Ehren-, 45 correspondirende und 100 wirkliche Mitglieder, von denen 16 wirkliche Mitglieder ausstiegen, während 5 correspondirende und 35 wirkliche Mitglieder neu aufgenommen wurden. Unterrichtscurse wurden vom Vorsitzenden zwei abgehalten, an denen sich i. G. 41 Personen theilnahmen. Außerdem unterrichteten verschiedene Mitglieder noch einzelne Personen privatim. Die Bibliothek des Vereins, für welche vom Bibliothekar ein neuer, wissenschaftlich geordneter Katalog aufgestellt wurde, zählt gegenwärtig 267 Bände, von denen 204 auf das Stenische, 56 auf das Gabelbergerische und 7 auf andere Systeme kommen. Dazu treten noch gegen 200 von den Mitgliedern geschenkte Hefte unterhaltenden und belehrenden Inhaltes. Praktisch waren 6 Mitglieder bei verschiedenen Gelegenheiten thätig. Die Einnahmen des Vereins betragen 210 Tl. 15 Sgr. 7 Pf., die Ausgaben 164 Tl. 3 Sgr. 6 Pf. Das Stenographische des Vereins wurde am 24. Juni durch eine gesellige Zusammenkunft gefeiert.

Breslau, 10. Sept. [Schwurgericht.] Neuer schwerer Diebstahl resp. Theilnahme daran, Theilnahme an einem schweren Diebstahl und Hehlerei im ersten Rückfalle. Als Angeklagte erschienen: 1) der Arbeiter Carl Josef Hentschel aus Sparwitz; 2) der Arbeiter Johann Wilhelm Wende aus Reichau; 3) die unverschleihte Agnes Rudolf aus Alt-Danfen; 4) die unverschleihte Dorothea Hoffmann aus Prosenitz. — Als Vertreter der Staats-anwaltschaft fungirte: Gerichts-Meßner Rietke, als Verteidiger J. M. Bouneß, R. A. Raunisch, A. G. Referentarius Schulze. Der Angeklagte Hentschel hatte vor 12—13 Jahren bei dem Bauer Zimmermann in Altwanien gebirt und kannte die Localitäten daselbst sehr gut. Als er in diesem Jahre ohne Arbeit war, forderte er den Wende auf, bei Zimmermann einzubrechen. Sie machten sich am 14. Mai c. auf den Marsch und klopften sich auf dem Wege einen Dietrich zu verschaffen. Bei dem Gehöft des Zimmermann angekommen, stellte er sich, nach seiner ursprünglichen Angabe auf die Schultern des Wende und sprang in den Hof. Von hier stieg er durch ein Fenster in die Milchammer, schob den Riegel von innen zurück, ging über den Fluß auf der Treppe nach den obgelegenen Zimmern, öffnete eine Stubenthüre mittelst des Dietrichs und nahm eine große Anzahl Betten, Kleidungsstücke, Reinwand, zugeschnittene Hemden, sowie Bettdecken im Gesamtwert von 20—130 Thlr. an sich und bewertfälligte seinen Rückzug, indem er die Thürhülle von innen öffnete. Die erbeuteten Gegenstände warf er über die Mauer und transportirte sie mit Wende gemeinschaftlich. Bei resp. nach diesen Diebstahlsoperationen war die Mitangeklagte Hoffmann

in der Nähe. Dieser übergab die Diebe die gestohlenen Sachen, theilten ihr den unredlichen Erwerb mit und beauftragten sie mit dem Verkauf unter dem Vorwande einer nicht unbedeutenden Provision. Es wurden auch an den Bettständer Messner Bettfedern für 27 Thlr. verkauft und dabon der Hoffmann Mäckerlohn bewilligt. Wenn ferner die ganze Verabhandlung sich in nichts von den gewöhnlichen Diebstahlsmanövern unterschied, so gewann sie gleichwohl durch die Verwickelung der Mitangeklagten Rudolf einen interessanten Gesichtspunkt. Diese blieb nach dem ersten Geständniß vollständig ex nexu. Als aber Hentschel durch den ersten inquirirenden Beamten in die Enge getrieben wurde, der ihm auseinandersetzte, daß er unmöglich seinen Weg durch die Milchammer genommen haben könnte, weil er dann die am Boden befindlichen Milchschäffel hätte umstoßen müssen, machte er das Geständniß, daß er nur durch die bei Zimmermann dienende Magd Agnes Rudolf seinen Einbruch bewerkstelligt hätte. Diese sei seine Geliebte und sie habe er am Tage des Einbruchs über seine Absichten in Kenntniß gesetzt. Sie habe ihm mitgetheilt, daß die Schlüssel zu den Zimmern im Oberstod auf dem zweiten Flurhinter lagen. Dies benutzend, sei er durch die von seiner Geliebten geöffnete Hausthüre eingetreten und habe den Diebstahl ausgeführt. Außer dem Geständniß des Hentschel traten noch andere Umstände hinzu, welche die Rudolf verdächtigten. Wie schon erwähnt und wie auch der Damificat Zimmermann bestätigte, konnte man in die Milchammer nicht einsteigen, ohne daß die am Boden befindlichen Milchgefäße davon berührt worden wären. An diesen aber sah man keine Spur. Dagegen befand sich die Schlafammer der Rudolf neben der Milchammer und wurde von Zimmermann bei einer in der Nacht des Diebstahls vorgenommenen Revision der Gebäude unerwartet offen gefunden, während sie sonst gewöhnlich von innen verriegelt war. Dazu kam noch, daß zur Zeit der Verübung des Diebstahls kein wachsender Hofhund die Anwesenheit von Eindringlingen beraten hätte; Grund genug, anzunehmen, daß einer der Hausgenossen seine Hand im Spiel gehabt haben mußte.

Alle Angeklagten gestanden im Allgemeinen unumwunden den Thatbestand der Anklage ein, nur die Rudolf bestritt unter einem Strom von Lähränen ihre Theilnehmung. Ihr frisches, offenes Gesicht, ihre Jugend und das mit dem Eindrud der Aufrichtigkeit lumbegabene Herzeleid über die gegenwärtige Situation wären wohl geeignet gewesen, für ihre Unschuld zu plaidiren, wenn nicht leider die Untersuchung zwischen Unschuld und Heuchelei eine so schwierige wäre. Glücklicherweise hatten die Mitangeklagten Hentschel und Wende sobiel Ehrgefühl, das wahre Sachverhältniß zu verkünden. Sie widerriefen ihre Angabe, durch welche die Rudolf bezichtigt wurde. Hentschel erklärte, zu derselben nur durch das Nachforschen nach anderweitigen Theilnehmern veranlaßt worden zu sein. Hiermit aber war die Unschuld der Rudolf noch nicht erwiesen, da die anderweitigen Indicien noch nicht widerlegt waren. Bauer Zimmermann behauptete bestimmt, daß es nicht möglich gewesen sei, in die Milchammer einzufinden, ohne Spuren an den Milchgefäßen zurückzulassen. Hierbei wurzelte jedenfalls die Ueberzeugung in ihm fest, der Weg der Diebe sei nicht durch die Milchammer, sondern nur durch die Hausthüre mit Hilfe der Magd gemacht worden. In dieser Ueberzeugung fiel es ihm auch schwer, seiner Magd Rudolf ein günstiges Zeugniß über ihre Dienstreue zu geben. Als er gar nichts Uebersichtliches vorbringen konnte, meinte er, sie habe sich zu oft in der Nacht ohne seine Erlaubniß mit ihrem Geliebten Rendezvous gegeben. Dieser Tadel gerade enthielt die Rettung der Rudolf. Denn dieser Geliebte war, wie Zimmermann selbst eingestehen mußte, nicht der Angekl. Hentschel, sondern der Fuhrmacher des Dorfes, der des Nachts für die Sicherheit der Bewohner sorgte und daher zu keiner anderen Zeit mit seiner schönen Geliebten lojen konnte. Diesem Geliebten hatte die Angekl. in der Nacht des Diebstahls Stiefeln zum Fenster hinaus gereicht; hieraus erklärte sich die geöffnete Kammer- und Hausthüre; der Umstand dieser wurde durch die Lechter des Damificaten glaubwürdig bekräftigt. Als letzterer auch zugeben mußte, daß ein geschickter Mensch in seine Milchammer, auch ohne die Milchgefäße umzustoßen, einzufinden im Stande gewesen wäre, waren alle Indicien, welche für eine etwaige Theilnehmung der bedauernswürdigen Angekl. Rudolf hätten sprechen können, beseitigt, so daß sie von dem Gerichtshofe nach dem Spruche der Geschworenen freigesprochen wurde, während das Erkenntniß gegen Hentschel und Wende auf je 6 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht, gegen die Hoffmann auf 3 Monate Gefängniß und einjährige Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte lautete.

Von nicht geringerer Interesse war die zweite Verhandlung wegen vorläufiger Brandstiftung gegen den Wohnhauer Anton Lepte aus Puditsch. In ihr wurde auffällig constatirt, daß manche Leute so fest von einer einmal vorgefaßten Meinung befangen sein können, daß sie mit unerfüllter Seelenruhe selbst die auffälligsten Thatfachen zu bezeugen bereit sind, weil dieselben einmal ihrem Vorurtheile entsprechen. In der Nacht vom 23. zum 24. December vor. Jahres brannte der Schweinefall des Gerichtshofes Kleiner in Puditsch ab. Der Nachtwächter Dittfeld zog aus dem Brande ein aus Lumpen bestehendes Paket hervor. Auf erhobenen Feuerlärm kam der Auszügler Kleiner hinzu, welcher constatirte, daß der Brand nach Jagoschütz zu sich entfaltet hatte, während die entgegengesetzte Seite noch gar nicht brannte. Das Feuer selbst wurde bald gelöscht. Der Urheber sollte Lepte sein. Zwar äußerte am anderen Tage, als ein Gendarmenmeister hier nachforschte, Niemand von den zunächst Theilnehmenden etwas von diesem Verdachte; später jedoch gewann derselbe immer mehr Boden. Veranlassung hierzu gab das aus den Flammen gezogene Paket Lumpen. In denselben glaubten nämlich einige Personen die Ueberreste einer Jade zu entdecken, die nach den blauen und grünen Flecken, die sie zu entdecken vermeinten, früher blau und grün gewesen sein mußte. Eine solche Jade hatte aber Lepte getragen; ein junges Mädchen namentlich wollte sich ganz genau erinnern, daß Lepte nach einem Regen oder starken Schweiß immer ein grünes Hemde gehabt habe, was jedenfalls von seiner grünen Jade herrühren mußte. Diese specielle Kenntnißnahme von der blauen und grünen Jade war so weit gegangen, daß alle Zeugen, welche jemals dieselbe gesehen hatten, sie auch in der Gestalt wiedererkennen wollten, wie sie in Lumpenform halb verbrannt aus dem Schweinefall herausgezogen worden war, obgleich sie sehr ernsthaft darauf aufmerksam gemacht wurden, daß es ja viele derartige Jaden gebe. Lepte war zwar bei dem Feuerlärm geweckt worden, hatte aber nicht löschen helfen; ein weiteres Verdachtsmoment. Lepte hatte außerdem, als er gemerkt worden war, zu mehreren Bewohnern des Hauses gesagt: „Bei Haberland brennt es“, obgleich er dies anheimelnd gar nicht wissen konnte und auch von Niemand gehört hatte. — In dem aus dem Schweinefall gezogenen Paket Lumpen waren auch einige Streifen Papier von solcher Beschaffenheit gefunden worden, wie man sie zum Rückenbaden verwendet; die Familie Lepte hatte am Weihnachts-Sonnabend gebadet und es fanden sich einige Personen, welche bestimmt behaupteten, die in dem Paket gefundenen Papierstreifen seien genau solche, wie sie von der Familie Lepte zum Rückenbaden verwendet worden seien; obgleich der Stiefsohn des Lepte behauptete, es sei gar nicht auf Papier, sondern auf Blech gebadet worden. — Außerdem gab zur Beschuldigung gegen Lepte Veranlassung, daß seine Frau ihn mehrere Male indirect und direct der Brandstiftung beschuldigte, indem sie sich dieses Umstandes als Drohung bei beliblichen Zwistigkeiten bediente. Dieser Umstand erhielt aber eine eigentümliche Beleuchtung dadurch, daß Frau Lepte nach der Angabe des Angekl. mit einem gewissen Dreilich, einem mauvai sujet, in näherem Verhältniß stand und dieser Dreilich es darauf abgesehen zu haben schien, den ihm hinderlichen Chemann zu beseitigen. Wenigstens warf die Aussage eines hierüber vernommenen Polizeiberwalters darauf einige interessante, wenn auch nicht völlig Aufschluß gebende Schlaglichter. — Dem Ganzen wurde die Krone durch die Motive aufgesetzt, welche Lepte bei der That gehabt haben soll. Es war nämlich bei dem Vertheil der abgebrannten Schweinefälle kurz vorher Schweinefleischtheilungen gegeben und Lepte hat angeblich sich Hoffnung gemacht, die durch einen Brand veranlaßten Vermirrungen etwas von dem geschlachteten Fleische entwendet zu können. Wahrscheinlich ein würdiger Seitenhieb zu der Handlungsweise des Seidel, der sich durch einen Brand eine wärmere Wohnung schaffen wollte.

Sobiel wurde aber zu Gunsten des Angeklagten festgestellt, daß der Umstand, er habe gleich nach dem Feuerlärm, auch sofort, ohne hierbon Wissen schaft haben zu können, den Ort des Feuers betritt, in Wegfall kam; denn es stellte sich heraus, daß Frau Müller, welche den Lepte und die Anderen weckte, bald hierbei gefehlet hatte: „Bei Haberland brennt es“. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Gewinn-Liste der 3. Classe 134. Königl. preuss. Classen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel, Neue Königstraße 43, ohne Gewähr. (Nur die Gewinne über 45 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.) Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden: 1. 28. 79. 98. 106. 44. 249. 90. 334. 410. 501. 635. 37. 44. 86. 89. 766. 68. 837. 924. 39. 58. 1029. 38. 158. 232. 47. 70. 97. 323. 41. 500. 401. 11. 25 (100). 41. 61 (50). 67. 500. 17. 653. 54 (50). 62. 66. 702. 858. 92. 2017. 63. 75. 98. 107. 15. 53. 241. 333. 59. 416. 27. 37. 534. 663. 71. 702. 62. 76. 98. 99. 968. 3016 (50). 35. 92. 111. 19. 30. 50. 64 (50). 70. 309 (50). 52. 99. 466 (50). 500. 16. 25. 43. 649. 58. 793. 843. 75. 912. 96. 4123 (100). 56. 205. 57. 60. 365. 448. 55. 501. 9 (60). 22. 86. 605. 96. 727. 33 (100). 92 (80). 380.

90. 901. 21. 27. 51. 70. 5032. 51 (60). 62. 80. 119. 79. 250. 313. 542. 643. 701. 95. 810. 978. 6058. 83. 114. 32. 37. 253. 86. 98. 392. 476. 528. 61. 604. 940. 57. 78. 7031. 140. 261. 77. 82. 95. 373. 87. 97. 416. 60. 74. 505. 52. 625. 99. 728. 40. 55. 804. 909. 8101. 19. 71. 221. 30. 76. 87 (50). 460. 62. 563. 631. 43. 756. 811. 54. 905. 11. 29. 46. 64. 9017. 21. 29 (60). 73. 130. 43. 52. 66 (50). 221. 96. 347. 71. 75. 424. 84. 635. 41. 44. 742. 827. 943. 52. 78. 10015. 151. 59 (50). 211. 20. 35. 79. 96. 301. 30. 31. 416. 83. 95. 612. 29. 91. 727. 45. 53. 55. 65. 828. 31. 922 (50). 39. 68. 84. 98. 11,004. 7. 21 (100). 68. 77. 105. 6. 25. 260. 318. 32. 74. 428. 30. 40. 575. 626. 87. 765. 891. 917. 12,217. 37. 307. 82. 476. 87. 542. 650 (50). 763. 945. 46. 13,117. 19. 71. 74. 221. 28. 65. 97. 311. 35. 487. 97. 507. 47. 48. 660. 73. 722. 40. 69. 956. 69. 70. 76. 14,017. 25. 27. 203. 39. 68. 79. 301. 71. 407. 16. 546. 620. 69. 88. 756. 830 (50). 36. 62. 99. 901. 34. 98 (50). 15,040. 79. 106. 16. 98. 226. 43. 331. 67. 84. 400. 23. 38. 70. 81 (50). 99. 606. 13. 711. 65 (50). 903. 22. 46. 16,030. 102. 12. 34. 41. 299. 301. 36. 422. 58. 519. 26. 609. 42. 43. 704. 884. 913. 27. 34. 47 (50). 88. 17,095. 217. 24. 44. 74. 90. 308. 34. 50. 96. 412. 27. 43. 85. 555. 62. 73. 83. 602. 31. 66. 93. 776. 804. 92. 951 (60). 60. 18,091. 122. 69 (80). 80. 88 (50). 288. 326. 79. 87. 450. 58. 582. 647 (50). 85. 93. 849. 917. 19,018. 60. 62. 65. 82. 95. 97. 100. 221. 68. 70. 99. 330. 68. 87 (50). 439. 41 (50). 88 (50). 600. 70. 99. 743. 60. 82. 830. 78. 924. 20,144. 87. 227. 41. 65. 92. 389. 519. 70. 621. 32. 60. 70. 739. 83. 95. 835. 36. 986. 21,031. 119. 55. 206. 399. 461. 524. 74. 699. 710. 840. 56 (60). 87. 98. 22,130. 42. 70. 208. 48 (100). 83. 455. 522. 611. 16. 17. 769. 913 (5000). 41 (50). 70 (50). 96. 98. 23,143. 203. 20. 373. 416. 61. 515. 602. 24. 35. 57. 67. 727. 820. 66. 24,108. 38. 76. 235. 54. 300. 60. 423. 34. 54. 92. 539. 61. 612. 754 (60). 97. 813. 67. 25,045. 85. 145. 59. 78. 79. 97. 227. 52. 91. 360. 63. 66. 534. 640. 726. 53. 73. 77. 852. 57. 91. 98 (50). 26,094. 120. 245. 70 (100). 85. 314. 437. 563. 72. 650. 72. 87. 832. 63. 929. 31. 27,013. 44. 77. 85. 122. 39. 45. 70. 77. 78. 244. 97. 308. 17. 70. 442. 83. 84. 525. 50. 688. 94. 724. 33. 800. 46 (50). 74. 98. 906. 15. 17 (50). 28,163. 95. 310. 406. 51 (50). 520. 56. 77 (80). 618. 37. 50. 716. 28 (600). 64. 807. 65. 920. 40. 42. 29,016. 25 (50). 42. 83. 127. 221. 304. 23. 44. 47. 53. 71. 403. 43. 520. 46. 90 (60). 640. 80. 90. 766. 807. 13. 54. 94. 30,018. 35. 50. 135. 77. 213. 361. 482. 84. 97. 514. 74. 84. 717. 21. 834. 39. 65. 905. 16. 31,007. 8. 66 (50). 75. 91. 95. 177. 209. 321. 48. 412. 73. 501. 22. 63. 662. 745. 816. 22. 84. 933. 54. 69. 32,039. 43 (50). 49. 173. 227. 63. 73. 88. 90. 357. 65. 407. 91. 671. 730. 815. 26. 31. 69. 936. 88. 33,066. 147. 50. 205. 30. 54 (60). 57. 71. 336. 447. 76. 510. 62. 601. 733. 61. 75. 823. 61. 918. 52. 83 (60). 97. 34,102. 8. 25. 84. 91. 249. 364. 68. 87. 482. 521. 29. 52. 614. 70. 736. 81 (60). 842. 47. 943. 35,057. 246. 384. 96. 434. 45. 86 (80). 515 (50). 73. 626. 44. 759. 952. 92. 93. 36,113. 68. 244. 331. 593. 601. 61. 861. 922. 37,019. 34. 50 (50). 95. 102 (50). 13. 57. 90. 227. 71. 74. 99. 396. 475. 79. 532. 613. 704. 856. 63. 78. 81. 993. 38,008. 10 (60). 211. 23. 72. 305. 60. 63. 73. 434. 45. 46. 503. 19. 71 (80). 601. 742. 70. 811. 928 (80). 96. 97. 39,088. 62. 115. 68. 209. 36. 86. 328. 42. 438. 54. 60. 64. 566. 81. 661 (50). 72. 707. 86. 819. 46. 54. 902. 13. 23. 40,101. 87. 97. 284. 87. 339. 45 (50). 53. 405. 13. 58. 569. 664. 721. 83. 800. 58. 89. 927. 49. 88. 94. 41,015. 53. 56. 205. 30. 84. 300. 568. 626. 42. 70. 776. 891 (60). 903. 35. 74. 92. 42,044. 50. 85. 215. 74. 328. 61. 85. 95. 442 (60). 48. 50. 63. 75. 95. 564. 76. 79. 601. 19. 37. 40. 58. 702 (80). 42. 72. 89. 936. 43,002. 80. 82. 181. 219. 91. 320. 31. 487. 502. 55. 68. 641. 701. 16. 90. 95. 833. 55 (50). 68. 905. 51. 61 (300). 65. 75. 44,211. 23. 34. 300. 80. 88 (60). 411. 60 (60). 81. 519. 664. 714. 54. 64. 81. 85. 805. 23. 45. 914. 21. 46. 45,004. 170 (50). 89. 239 (50). 97. 331. 91. 429. 56. 518 (60). 30. 49. 641. 53. 71 (2000). 753. 57. 77. 826. 43 (50). 940. 79. 46,041. 142. 82. 230. 33. 45. 73. 331. 93. 430. 63. 576. 603. 69. 734. 42. 96. 908. 25. 58. 47,005. 46. 59. 66. 90. 103 (50). 37 (50). 227. 60. 77. 81. 93. 384. 433. 42. 49 (60). 506. 47. 49. 648. 84. 92. 98. 768. 881. 98 (50). 972. 81. 48,998. 484. 503. 629. 76. 742. 79. 90. 813. 904. 26 (60). 33. 45. 49,021. 32. 96. 317. 408. 34. 70. 520. 44 (50). 90. 612 (50). 701 (50). 814 (60). 67. 50,608. 45. 61 (50). 146. 77. 213. 63. 395. 426. 66. 89. 506. 75. 626. 768. 85. 856. 67. 71. 98. 935. 85 (50). 89. 51,019. 91. 148 (80). 58. 63 (50). 81. 226. 68. 334. 43. 74. 95. 469. 74. 78. 540. 83. 605. 725. 50. 68. 851. 90. 94. 901. 24. 35. 72. 52,038. 76 (50). 136 (100). 85. 257. 302. 28. 428. 528. 85. 94. 626. 88. 732. 53. 93. 889. 919. 57. 65. 53,077 (60). 89. 111. 208. 10. 53. 56. 95. 343. 62. 96. 456 (50). 69. 519 (1000). 30. 61. 687. 96. 773. 945 (50). 54. 68. 78. 54,031. 35. 54. 170. 81. 219 (50). 57. 64. 302. 46. 478. 509. 12. 23. 82. 656. 710. 17. 42. 71. 823. 41. 923. 27. 76. 89. 55,004. 13. 40. 87. 112. 70. 224. 322. 95. 420. 62. 540. 43. 80. 92. 658. 794. 807. 56,042. 59. 156. 86. 206. 50. 359. 470. 560. 635. 705. 28. 835. 924. 52. 68. 83. 89. 57,042. 86. 90. 96. 270. 97. 98. 360. 415. 54. 74. 85. 500 (100). 511. 23 (50). 602. 61. 705. 35. 903. 7. 76. 90. 95. 58,018. 41. 67. 77. 88. 97. 111 (50). 26. 41. 77. 78. 266. 70. 301. 22. 37 (50). 42. 51. 53. 58. 570. 78. 82. 685. 777. 884. 59,054. 71. 221. 47. 70. 84. 96. 99. 314. 62. 69 (60). 430. 36. 605. 26. 92. 728. 75. 853. 951. 88. 60,019. 121. 60. 333. 456. 83. 680. 751. 59. 84. 828 (300). 78. 948. 51. 61,003. 68. 95. 153. 358. 98. 402. 92. 527. 608. 26. 56. 715. 23. 59. 810. 65. 900. 11. 16. 35. 42. 44. 50. 62,086. 87. 192. 246 (50). 83. 352. 422. 24. 502. 53. 68. 647. 79. 814. 900. 2. 6. 43. 56. 93. 63,000. 18. 49. 62. 169. 99. 230 (50). 319. 30. 78. 432 (50). 39. 514. 66. 69. 626. 745. 51. 806. 991. 64,007 (50). 17. 48. 104. 39. 65. 204. 62 (50). 369. 87. 430. 45. 49. 54. 77. 78 (50). 588 (80). 627. 72. 98. 714. 41. 53. 65. 83. 99. 821. 79. 926. 65,001. 75. 154. 61. 68. 72. 84. 245. 353. 56. 73. 400. 57. 62. 72. 654. 72 (50). 711. 857. 99. 66,086. 121. 39. 268. 343. 602. 44. 733 (50). 77. 814 (60). 53. 76. 96. 937. 42 (100). 93 (50). 67,016. 54. 122. 65. 68. 87. 244. 80. 85. 341. 599. 633. 79. 80. 779 (50). 826 (80). 98. 906. 27. 43. 68. 90. 68,008. 20. 36. 52. 87. 103. 46. 227. 23. 94 (60). 364 (60). 533. 752. 65. 67 (50). 81. 831. 925. 69,085. 122. 203. 11. 12. 71. 400 (50). 58. 502. 632 (50). 81 (50). 84 (60). 707 (50). 41. 55. 56. 67. 78. 84. 858. 83. 908. 49. 53. 92. 70,018. 222. 26. 84. 334. 39. 504. 67. 73. 647. 84. 813. 907. 71,005. 54. 76 (50). 90. 115. 99. 222. 45. 326. 34. 404. 25. 27. 53. 79. 85 (100). 507. 607. 93. 716. 819. 67. 81. 90. 72,030. 37. 82. 132. 34. 45. 63. 481. 502. 42. 611. 33. 717. 66. 834. 58. 59. 65. 75. 87. 914. 61. 70. 73,070. 90. 125. 31. 62. 209. 317. 24. 51. 480. 509. 75. 687. 759. 822. 919. 48. 74,067. 107. 66. 70. 86. 99. 202 (50). 416. 82. 87. 509. 24. 31. 85. 90. 663. 84. 700. 846. 927. 75,016. 37. 148. 59. 70. 94. 250. 87. 90. 314. 481. 519. 25. 48. 49. 630. 33. 35. 62. 93. 709. 11. 35. 920. 76,079. 99. 128. 46. 280. 85. 351. 66 (60). 69. 452. 65. 77. 510. 38. 67. 697. 741. 80. 813. 22. 906. 37. 77,024. 222. 373. 430. 6